Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 1.—6. Oktbr. 25 Mill. Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 4,5 Mill. Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 6,5 Mill. Mark, auswärtige Grundpreis 150 Mk. mal Schlüsselzahl b. D.Z.V., Versamml.-, Arbeits- u. Wohnungsanzeig. 6 Mill. Mk., Reklamen 26 Mill. Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 231. Mittwoch, 3. Oktober 1923. 35. Jahrgang.

Regierungskrise!

Rücktritt des Reichswirtschaftsministers v. Raumer.

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Alle Welt ist sich langsam darüber klar geworden, daß die Regierung Stresemann eine Erbschaft angetreten hat, wie sie schlechter nicht sein konnte. Die Finanzen waren von dem vergangenen Kabinett mehr als verwahrlost, wirtschaftlich ist nichts, rein gar nichts zum Nutzen des Volkes und zur Stärkung des Abwehrwillens geschehen, wie auch in währungspolitischer Beziehung genau so wie in der Außenpolitik auf ein großes Wunder gewartet wurde. Ein Kabinett, das unter diesen Umständen die schwere Last der Verantwortung auf sich nahm, konnte natürlich von heute auf morgen keine wesentlichen Erleichterungen schaffen. Aber immerhin ist die Regierung der großen Koalition mit viel Mut an die Arbeit gegangen. Sie hatte den besten Willen, zu retten, was noch zu retten ist und verfolgte deshalb eine Politik, der wir Sozialdemokraten im allgemeinen die Zustimmung nicht versagen können. Der Ruhrkampf wurde abgebaut, ein Versuch nach dem andern, in der Außenpolitik wieder Fuß zu fassen, ist gemacht worden und in diesen Tagen sollten weitgehende finanz- und währungspolitische Vorarbeiten des Kabinetts als Grundlage für eine langsame Konsolidierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse von den parlamentarischen Instanzen verabschiedet werden. Gewiß gab es bisher auch unter der Regierung der großen Koalition Fragen spezieller Art, deren Behandlung wir in einem wesentlich schärferen Maße, als es geschehen ist, gewünscht hatten. Das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich mußte u. E. mit mehr Entschiedenheit geklärt werden, als es der Fall gewesen ist, und wir hätten gewünscht, daß der Reichswehrminister bereits früher dem ihm unterstellten General Lossow in München den Befehl erteilt hätte, mit Waffengewalt das Erscheinen des „Völkischen Beobachters" zu verhindern. Sicherlich sind die Gründe, die gegen ein allzu scharfes Vorgehen vorgebracht wurden, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Aber immerhin glauben wir, daß etwas mehr Tatkraft nur der Autorität der Regierung Stresemann genutzt hätte.

Mehr Achtung im Volke hätte auch die von einer breiten Mehrheit getragene Regierung des Reichskanzlers Stresemann vertragen können. Seit dem Tage der Regierungsübernahme mußte sich das Kabinett der großen Koalition gegen die schamlosesten Verleumdungen der Deutschnationalen wehren, die es darauf abgesehen hatten, die Staatsautorität immer mehr zu untergraben. Kein Tag ist vergangen, ohne daß diese Partei nicht zu Protesten gegen das verfassungsmäßige Kabinett und seine Politik aufforderte. Alle Maßnahmen wurden sabotiert, zum Liefer- und Steuerstreik ist aufgefordert worden, sodaß diesen Patrioten durch eine Notverordnung das Pflichtgefühl gegen das Vaterland mit Nachdruck klargemacht werden mußte. Schon vor Wochen haben wir darauf verwiesen, daß die üble Stimmungsmache der Deutschnationalen eine große Gefahr für die Politik des verfassungsmäßigen Kabinetts bildet und sich diese Gefahr eines Tages um so wirkungsvoller zeigen wird, als wir in außergewöhnlichen Zeiten leben. Zeitweise hat das auch der Reichskanzler eingesehen, ohne aber daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. „Diktatorische Maßnahmen" sind angekündigt, aber nicht durchgeführt worden. Heute erntet das Kabinett Stresemann die Früchte seiner Rücksichtnahme gegenüber der Verhetzung der Deutschnationalen.

Die Krisenmache als Folge des systematischen Hetzfeldzuges der Rechtsradikalen ist über Nacht plötzlich zu einer

tatsächlichen Regierungskrise

geworden. Die Dementis der Koalitionsparteien sind überholt, wir stehen mitten in der Krise. Ein Teil der Volkspartei, der bisher fest hinter Stresemann stand, hat am Dienstag die **Nerven verloren** und ist auch deshalb mit ein Opfer der deutschnationalen Politik des Landesverrats geworden, weil 14 ihrer Abgeordneten das Intrigenspiel der Rechten in jeder Beziehung unterstützt haben. Nichts als die Furcht vor dem Verlust an Wählern hat hier mitgesprochen. Gerade die Volkspartei, die die große Koalition seit Monaten immer wieder als letztes Rettungsmittel betrachtete und deren Führer, der gegenwärtige Reichskanzler, sich um ihr Zustandekommen ehrlich bemüht hat, hätte wirklich allen Anlaß gehabt, das von ihr aus der Taufe gehobene Kind nicht schon in aller Kürze, lediglich aus Furcht vor der Rechten, zu verraten. Der gegenwärtige Führer der Volkspartei, Herr Dr. Scholz, hat seiner Organisation durch die auffällige und plötzliche Meinungsänderung über die politischen Notwendigkeiten keinen großen Dienst erwiesen und er hätte zweifellos dem Volk und dem Vaterlande mehr gedient, wenn er an dem Kabinett der großen Koalition, das eine außergewöhnliche parlamentarische Mehrheit hinter sich hat, nicht gerüttelt hätte.

Der Fehler ist gemacht — wir müssen uns mit ihm abfinden. Als Partei haben wir sachlich zu den in der Oeffentlichkeit breitgetretenen Differenzen Stellung zu nehmen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie zu einer Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen, wie es der Vertreter der Volkspartei Dr. Scholz in der am Dienstag abgehaltenen Parteiführerbesprechung in Erwägung zog, nicht im geringsten in Frage kommt. Mit einer Partei, die die Grundlage zu der seit 1918 erlebten Entwicklung geschaffen hat, die sich der politischen Gegner mit Mordwaffen entledigt und ihre Existenz nur auf Demagogie gründet, die nur darauf ausgeht, die Arbeiterschaft zu knechten und wilhelminische Zustände in Deutschland wieder zu schaffen, gibt es keine Gemeinschaft, sondern ihr gilt nur unser Kampf. Auch dem unter dem Druck der Volkspartei gestellten Verlangen des Reichskanzlers nach einem Ermächtigungsgesetz, das der Regierung die Möglichkeit gibt, auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialem Gebiet weitgehende Aenderungen auf dem Verordnungswege vorzunehmen, kann die Sozialdemokratie nicht zustimmen. Wir sehen die Notwendigkeit finanzieller Ermächtigungen ein, aber in Anbetracht der sich fortgesetzt steigernden Arbeitslosigkeit und der hiermit im Zusammenhang stehenden Folgewirkungen können wir der Regierung Ermächtigungen in wirtschaftlicher und sozialer Art nicht geben, weil wir deren Notwendigkeit nicht einsehen, weil wir im Gegenteil der Auffassung sind, daß eventl. Aenderungen auch eine Beratung vertragen können und nicht, wie es in finanzieller Hinsicht notwendig ist, Beschlüsse von Stunde zu Stunde zu fassen sind.

Die Sozialdemokratie sieht die Notwendigkeit einer Regierung, die mit starker Faust durchgreift, durchaus ein und sie ist deshalb bereit, der Regierung mit ihrer Hilfe und Unterstützung die notwendige Kraft zu verleihen. Aber dekorativen Forderungen unsere Zustimmung zu geben, die sich später gegen die Arbeiterschaft auswirken können, müssen wir ablehnen. Ebenso lehnen wir es ab, personelle Veränderungen in dem Kabinett der großne Koalition durch den Rücktritt einer unserer Minister vornehmen zu lassen. Die Männer, die unsere Reichstagsfraktion in das Kabinett Stresemann delegiert hat, besitzen auch heute noch das Vertrauen der übergroßen Fraktionsmehrheit, und es wäre charakterlos an ihnen gehandelt, wollte man sie jetzt auf Wunsch irgend einer Wirtschaftsgruppe zum Teufel jagen. Wie hier, so fügen wir uns auch nicht dem Ansinnen, auf die Zustimmung zu dem Antrag auf Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes zu verzichten. Das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich muß endlich einmal geklärt werden, nachdem die jeweiligen Machthaber im Ordnungsstaat eine Klärung auf diplomatischem Wege nicht wünschen, sondern statt dessen eine Provokation gegen das Reich der andern folgen lassen.

Der Reichskanzler und die Parteien.

Der Reichskanzler empfing am Dienstag vormittag um 10 Uhr die Führer der Koalitionsparteien zur Besprechung der allgemeinen politischen Lage und zur Erörterung der Regierungserklärung. Dr. Stresemann gab zunächst einen Ueberblick über die außenpolitische Lage, die er als sehr düster schilderte. Dann beschäftigte er sich mit den Problemen der Innenpolitik und streifte hierbei auch das Verhältnis Bayerns zum Reich. Er ist nicht Anhänger eines ultimativen Vorgehens, sondern will trotz aller Enttäuschungen versuchen, eine einseitige Handhabung des Ausnahmezustandes in Bayern auf dem Wege der Verhandlungen für die Zukunft zu verhindern. Zur Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse wünschte der Reichskanzler ein Ermächtigungsgesetz, das der Regierung die Möglichkeit gibt, in wirtschaftspolitischer, finanzieller und sozialer Hinsicht bestehende Gesetze auf dem Verordnungswege außer Kraft zu setzen bezw. neue Maßnahmen einzuleiten. Dieses Gesetz soll bis zum 31. März 1924 in Kraft sein. Dr. Stresemann glaubt, daß derartige Ermächtigungen notwendig sind, um dem Währungsverfall Einhalt zu gebieten, eine Erhöhung der Arbeitsleistung zu erzielen und gegebenenfalls auch eine Arbeitszeitverlängerung durchzuführen. Der Sinn der Bestrebungen läuft scheinbar auf den sanitären Maximalarbeitstag hinaus.

In der anschließenden Debatte gab Genosse Müller seine Zustimmung zu finanziellen Ermächtigungen, bestritt aber eine derartige Notwendigkeit auch für das Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Dagegen suchte der Vertreter der Volkspartei, Dr. Scholz, die Zweckmäßigkeit eines weitgehenden Ermächtigungsgesetzes zu begründen. Er zog u. a. auch die Erweiterung der Koalition durch die Deutschnationalen in die Debatte. Genosse Müller ließ ihm aber keinen Zweifel darüber, daß **die Sozialdemokratie auf keinen Fall sich zu einer derartigen Gemeinschaft hergeben würde.** Die Vertreter der Demokraten erklärten sich im allgemeinen mit den Ausführungen des Reichskanzlers einverstanden. Das war auch bei dem Vertreter des Zentrums, Dr. Marx, der Fall, der jedoch die Notwendigkeit einer Diktatur oder eines Direktoriums bestritt.

Nachmittags traten sämtliche Fraktionen der Koalitionsparteien zur Besprechung der durch die Erklärung des Reichskanzlers und des Vertreters der Deutschen Volkspartei in der Parteiführerbesprechung hervorgerufenen neuen Situation zusammen. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß nach mehrstündiger Debatte, **eine Erweiterung der Koalition nach rechts abzulehnen,** der Regierung Ermächtigungen nur in finanzieller, nicht aber in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu geben und sich auf **personelle Veränderungen im Kabinett Stresemann durch den Rücktritt sozialdemokratischer Minister nicht einzulassen.** Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, für den Antrag **auf Aufhebung der bayrischen Ausnahmeverordnung** zu stimmen.

Inzwischen hatten auch die übrigen Koalitionsparteien ihre Beratungen beendet. Sowohl das Zentrum wie die Demokraten hatten beschlossen, **grundsätzlich an der großen Koalition festzuhalten.** Die Volkspartei verzichtete auf eine Erweiterung der Regierung nach rechts, bestand jedoch auf die von ihrem Vertreter Dr. Scholz bereits in der Parteiführerbesprechung verlangten personellen Veränderungen, insbesondere nachdem der Reichswirtschaftsminister Dr. Raumer, der bekanntlich der Volkspartei angehört, inzwischen zurückgetreten war. Auch auf das Ermächtigungsgesetz verzichtete die volksparteiliche Fraktion nicht.

Abends um 7 Uhr wurde dem Reichskanzler von dem Ergebnis der Fraktionssitzungen Kenntnis gegeben.

*

Das Zentrumsorgan, die „Germania", wendet sich entschieden gegen eine Erweiterung der Regierung nach rechts. Sie behauptet, der Treiber sei der Gewerkschaftsbund mit Herrn Behrens an der Spitze. Die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes, besonders die christlichen im Westen, seien aber gegenteiliger Ansicht und würden diese Politik nicht mitmachen.

Um was es bei der Hetze geht, sagt die „Kreuzzeitung" ganz offen. Sie schreibt: „In Bayern hat man erkannt, was politisch not tut, um wirtschaftlich weiterzukommen. **Regieren unter sozialdemokratischen Gesichtspunkten geht nicht mehr.** Eine Zusammenfassung der Kräfte, wie sie mit dem Kabinett Stresemann-Hilferding versucht wurde, ist auf trügerischen Grundlagen aufgebaut, macht eine einheitliche Politik unmöglich und kann keinen Bestand haben in Zeiten, wo der Zwang, neue Wege zu beschreiten, unerbittlich vorliegt."

*

Die Besprechungen der Parteiführer

mit dem Reichskanzler über die Regierungsumbildung führten ebenfalls zu keinem Ergebnis, sondern vergrößerten im Gegenteil die Kluft in der Auffassung der einzelnen Parteien. Während das Zentrum lediglich für einen sanitären Maximalarbeitstag eintritt, will die Volkspartei eine allgemeine Ermächtigung auch für diese Frage. Die Demokraten sind für ein allgemeines Ermächtigungsgesetz ohne jeden Vorbehalt. Der Reichskanzler begab sich nach Beendigung der Besprechung mit den Parteiführern zum Reichspräsidenten, um mit ihm die Lage zu erörtern.

Um 9½ Uhr abends trat dann das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen.

Die sozialdemokratische Fraktion trat heute vormittag um 10 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen.

Steigende Kurse.

Amtlicher Mittelkurs 320 Millionen.

Berlin, 2. Oktober.

Im amtlichen Devisenverkehr an der Börse machte sich eine ruhigere Beurteilung der innerpolitischen Lage geltend. Nach der amtlichen Erklärung über die Ergebnisse der gestrigen Beratungen des Reichskabinetts und im Hinblick auf die Liquidierung des Küstriner Aufstandes ist eine gewisse Entspannung eingetreten. Der Dollar hielt sich auf der bereits Montag abend erreichten Höhe von etwa 350 Millionen, englische Pfunde wurden von der amtlichen Notierung mit 1 800 Millionen genannt. Es liegen ziemlich erhebliche Kaufaufträge für Rechnung des Produktengroßhandels und der Industrie vor, die offenbar im Zusammenhange stehen mit der Wiederaufnahme eines geregelten Verkehrs und der gewerblichen Produktion im besetzten Gebiet.

Kurs vom 3. Oktober:

Dollar 445 000 000.

Sondergericht für die Küstriner Putschisten.

Der Reichsjustizminister hat bereits eine Verordnung über die Bildung eines Sondergerichtes in Cottbus im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Dieses Sondergericht hat die Aufgabe, die inzwischen nach Cottbus überführten Küstriner Putschisten am Mittwoch abzuurteilen. Es handelt sich um insgesamt 381 Mann und 13 Offiziere. — Das Gericht ist ausschließlich aus Zivilrichtern zusammengesetzt. Leiter der Staatsanwaltschaft ist der Berliner Landgerichtsdirektor Heucke. Als Richter kommen drei Persönlichkeiten aus Cottbus in Frage.

Aus Bayern.

SPD. München, 2. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Das politische Interesse konzentriert sich in München vollkommen auf die Haltung des Reiches und seiner Regierung gegenüber dem bayrischen Ausnahmezustand. Der Befehl des Reichswehrministers an General Lossow betr. Durchführung des Verbots des „Völkischen Beobachter" ist in die Hände des Generals gelangt und von diesem an das Generalstaatskommissariat weitergegeben worden. Bis zur Stunde ist in dieser Frage noch keine Entscheidung getroffen. Doch erfuhr der „Völkische Beobachter" auf seine Erkundigung bei Herrn v. Kahr, daß dieser nicht daran denke, eine solche deutschfeindliche

handlung, wie die Unterdrückung des „Völkischen Beobachter", auszuführen. Die Mittwoch-Frühausgabe des Blattes ist bereits erschienen.

Das Generalstaatskommissariat hat auch den sogenannten „Deutschen Tag" in Bamberg mit der Voraussetzung genehmigt, daß er auf zwei bis drei Tage beschränkt wird. Die Veranstaltung war für die Dauer der ganzen nächsten Woche geplant. Die Genehmigung wurde erteilt, trotzdem der Bürgermeister von Bamberg, Wächter, eine in der Bayrischen Volkspartei bekannte Persönlichkeit, sich angeblich für ein Verbot ausgesprochen haben soll.

v. Knilling zurückgetreten.

München, 2. Oktober.

Der bayrische Ministerpräsident Dr. v. Knilling ist zurückgetreten. Der bayrische Landtag hat daraufhin den Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr zum bayrischen Ministerpräsidenten gewählt.

„Auf nach Berlin".

Bei der Denkmalsenthüllung für die in Oberschlesien gefallenen 52 Mitglieder des Freikorps „Oberland" in Schliersee nahm General Ludendorff die Parade über 145 vaterländische Verbände ab unter der Parole „Auf nach Berlin!" Durch die Weigerung, den Führer des Kampfbundes „Reichsflagge", Heiß, dem Staatsgerichtshof auszuliefern, durch die Waffenbeschlagnahme in der „Münchener Post" und die Auflösung der Auergarde habe der Generalstaatskommissar bewiesen, daß er mit allen Vaterländischen den Kampf gegen die Reichszerstörer energisch aufnehme. Als erster legte sodann General Lichter im Namen des „Königs" Rupprecht einen Kranz am Denkmal nieder.

Gegen die politische Entrechtung in Sachsen

hat der Landesarbeitsausschuß, die Landtagsfraktion, die sächsischen Reichstagsmitglieder sowie der Bezirksausschuß des ADGB. Stellung genommen. In einer Entschließung heißt es: „Der Ausnahmezustand über das Reich hat für Sachsen einen besonderen Ausnahmezustand geschaffen. Während Preußen einen Zivilkommissar erhalten hat, ist solcher dem Freistaat Sachsen nicht zugestanden worden. Dabei zeigt sich gerade in Sachsen an der Verordnung des Wehrkreiskommandos, daß die Ausübung der politischen Gewalt die politischen Rechte der Arbeiterklasse in weit höherem Maße bedrängt sind, als in irgend einem anderen Bundesstaat des Reiches. Während in den Kundgebungen anderer Wehrkreiskommandos der Wille zum Zusammenarbeiten mit den Zivilbehörden deutlich erkennbar ist, schaltet die Reichsregierung die sächsischen Zivilbehörden völlig aus und stellt sie unter das militärische Kommando. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß sich die Militärgewalt in Sachsen eindeutig gegen jenen Teil des Proletariats richtet, der es bisher als höchste Aufgabe betrachtet hat, die Republik zu stützen und zu festigen. Während in Freiberg den nationalsozialistischen Verbänden für Sonntag eine große nationalistische Kundgebung, die die sächsische Regierung verbieten wollte, von den Militärbehörden gestattet wurde, sind zu gleicher Zeit vier von der KPD. geplante Versammlungen in Chemnitz von der gleichen Stelle verboten worden.

Einige Blätter bringen die Meldung, daß die sächsische Regierung auf die Ernennung des Innenministers Liebmann zum Zivilkommissar verzichtet und den Ministerialdirektor Freund für dieses Amt vorgeschlagen habe. Die Meldung ist falsch. Die sächsische Regierung denkt nicht daran, die Forderung fallen zu lassen, daß ein Mitglied der Regierung zum Zivilkommissar ernannt werden soll.

Kommunisten in der sächsischen Regierung?

SPD. Dresden, 2. Oktober.

Der Landesarbeitsausschuß und die Landtagsfraktion nahm am Montag zu dem neuesten Angebot der KPD. in Bezug auf die Regierungsumbildung Stellung. In beiden Körperschaften bestand völlige Einmütigkeit darin, die KPD. in die Regierung hineinzunehmen, um so mehr, als dieses Angebot von uns bereits wiederholt an die KPD. gerichtet worden ist. Die Voraussetzung für diese an sich erwünschte Mitarbeit muß die Anerkennung der Verfassung sein. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der die Bedingungen unserer Partei gegenüber dem kommunistischen Verlangen festlegen soll.

Die britische Reichskonferenz.

London, 2. Oktober.

In seiner Rede zur Eröffnung der Reichskonferenz führte Baldwin zum Thema der Reparationen aus, es habe sich als unmöglich erwiesen, **Deutschland zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen anzuhalten.** Während die Alliierten grundsätzlich darin einig gewesen wären, daß Deutschland bis zur äußersten Leistungsfähigkeit zahlen müsse, sei die britische Regierung davon überzeugt gewesen, daß die Ruhrbesetzung für die Aussichten der Alliierten nur von Nachteil sein konnte, und habe sich deshalb abseits gehalten. Baldwin stellte noch einmal fest, daß England und Frankreich noch immer verschiedener Ansicht seien über die Zweckmäßigkeit der Ruhraktion als ein Mittel, um Zahlungen von dem als zahlungsunwillig geschilderten Deutschland zu erlangen. England und Frankreich wären bei der Pariser Besprechung einig gewesen, daß jeder Bruch der Entente geeignet sei, die Wiederherstellung des Friedens in Europa noch weiter hinauszuschieben. Angesichts der neuen Phase, die in der Reparationsfrage durch die Aufgabe des passiven Widerstandes eingetreten sei, seien er und Poincaré der Ansicht, daß nur die engste und vertrauensvollste Zusammenarbeit zwischen den Alliierten eine Regelung der europäischen Probleme ermöglichen könne. In längeren Ausführungen, die sich mit dem Janina-Konflikt befaßten, setzte Baldwin auseinander, daß der Völkerbund in diesem Falle zweifellos das Verdienst habe, einen Krieg, der unter Umständen unvermeidlich gewesen wäre, verhindert zu haben.

Die englische Presse läßt keinen Zweifel darüber, daß Baldwins Zurückhaltung über den Inhalt seiner Unterredung mit Poincaré lebhaft enttäuschte. Noch stärker ist die Enttäuschung über die Inhaltslosigkeit des mündlichen Berichts bezüglich der Regierungsvorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Ausbreitung des Handels innerhalb des britischen Weltreiches.

General Smuts, der Vertreter Südafrikas erklärte, Baldwin habe ein lückenloses finsteres Bild der europäischen Zustände gezeichnet, aber das britische Allgemeinwohl bestehe trotzdem noch. Viele Seiten der Weltgeschichte seien gefüllt worden, aber in der gegenwärtigen europäischen Situation gelte es dringender als je zu einer Einigkeit zu gelangen. Smuts gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß England sein ganzes politisches Gewicht einsetzen werde, um diejenigen Probleme zur endgültigen Lösung zu bringen, deren die ganze Welt sich jetzt gegenübersteht. Das britische Weltreich könne heute mehr als irgend ein anderes Reich eine Macht ausüben, um die Welt um sich zu einigen und er sei davon überzeugt, daß der gute Wille und genügend Festigkeit vorhanden seien, die große Maschinerie zu einer wirksamen Beseitigung aller Schwierigkeiten in Europa in Gang zu setzen. Gewisse Völker glaubten heute scheinbar, ihre Schulden auf die leichte Achsel nehmen zu können. Trotzdem erfülle aber England ehrlich alle seine Verträge. Solange aber nicht der normale Handel wiederhergestellt sei, bedeute das eine unerträgliche Belastung für England. Es sei daher die erste Pflicht der englischen Politik, den Frieden in Europa und einen geregelten Handel wiederherzustellen.

Das spanische Gewaltregiment.

Ein skandalöser Prozeß.

Madrid, 2. Oktober.

Der Prozeß gegen die Mörder des früheren Ministerpräsidenten Dato hat gestern begonnen. Neben anderen Monarchisten, die der Mittäterschaft bezichtigt sind, werden Pedro Mathen und Luis Nicolau des Mordes angeklagt. Der Prozeß findet in den Gefängnisräumen von Madrid statt. Alle Personen, die daran teilnehmen Advokaten, Journalisten und selbst die Gefängniswärter werden bei ihrem Eintritt genau durchsucht. **Die Advokaten der Angeklagten werden während des Prozesses in Gefängniszellen untergebracht.** Der Staatsanwalt beantragte für einen der Hauptangeklagten Todesstrafe, für den andern lebenslängliches Zuchthaus und für jeden Mittäter je 15 Jahre Zuchthaus.

Krise im italienischen Faschismus.

WTB. Rom, 2. Oktober.

Der Vollzugsausschuß der faschistischen Partei hat, dem Verlangen Mussolinis entsprechend, seine Demission eingereicht.

Bereits seit längerer Zeit bestehen zwischen dem Diktator Mussolini und der eigentlichen Parteileitung der Faschisten Meinungsverschiedenheiten, die man allerdings bisher durch Kompromisse aus der Welt zu schaffen vermocht hatte. Neuerdings ist es aber zu einer offenen Rebellion der Parteibonzen gegen den Diktator gekommen, als der „Herzog" gegen faschistische Exzesse rigoros vorging, die geeignet waren, das Ansehen seiner Regierung allzusehr zu diskreditieren. Der Kollektivrücktritt des Vollzugsausschusses gleicht einer Flucht in die Oeffentlichkeit und stellt Mussolini vor eine schwierige Situation, deren Lösung kaum mit einer Steigerung seines persönlichen Prestiges enden kann.

Französische Sabotierung der Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet.

Dienstag früh sind Lohngelder der Firma Krupp in Essen im Betrage von 700 Milliarden Mark von den Franzosen beschlagnahmt worden. Auf die eingelegten Proteste wurde mitgeteilt, daß die Verordnung über die Beschlagnahme von Geldern weiterhin in Kraft bleibe. Gleichzeitig trifft die Nachricht ein, daß Mittwoch und Donnerstag in Mülheim und Duisburg Ausweisungen von ungefähr 200 Eisenbahnerfamilien stattfinden werden.

Die am Wochenanfang durch den Aufruf der Bergarbeitergewerkschaft angekündigte Wiederaufnahme der Arbeit im Bergbau ist in befriedigendem Umfang erfolgt, soweit es die Verhältnisse gestatten. Ende der Woche stellt das Reich die Lohnzahlungen ein. Dem steht gegenüber, daß die Löhne aufs neue eine 75prozentige Erhöhung erfahren haben. Die Zechen erklären sich außerstande, auch nur diese Summe in der folgenden Woche zu zahlen, wenn das Reich keine Zuschüsse gewährt.

Auflösung der Düsseldorfer Schutzpolizei.

WTB. Düsseldorf, 2. Oktober.

In einem Schreiben an den Regierungspräsidenten teilt General Denvignes mit, daß die Düsseldorfer Schutzpolizei aufgelöst ist und die Stadtverwaltung verpflichtet wird, die kommunale Polizei zu verstärken. Ueber die Zusammensetzung, Stärke und Bewaffnung der Polizei und den Zeitpunkt, bis zu welchem die Organisation beendet sein müsse, werde der kommandierende General des Brückenkopfes noch Vorschriften erlassen. Die Angehörigen der Schutzpolizei sind interniert.

Der Prozeß Kaehne.

Unter starkem Andrang der Oeffentlichkeit begann am Dienstag vor dem Schwurgericht in Potsdam der Prozeß des sattsam bekannten Schloßherrn auf Peetzow am Schwielowsee, v. Kaehne, dem die Anklage zur Last legt, im Mai 1921 einen 16jährigen Jungen auf seinem Besitztum erschossen zu haben. Dieser Tischlerlehrling aus der benachbarten Gemeinde Glindow suchte damals am See Lietzeneier, kehrte jedoch nicht mehr zurück, sondern wurde später unter eigenartigen Verhältnissen vom schloßherrlichen Förster als Leiche gefunden. Für die Bewohnerschaft der Gegend unterlag es vom ersten Tage an keinem Zweifel, daß hier eine Mordtat vorlag, bei der die Täter im Schloß Peetzow zu suchen seien; denn seit Jahr und Tag waren v. Kaehne senior wie sein Sprößling, der erst unlängst wegen schwerer Körperverletzung sich vor dem Richter zu verantworten hatte, als verrohte märkische Junker bekannt.

Merkwürdigerweise fand die Potsdamer Staatsanwaltschaft all die Zeit über angeblich keinen Anhaltspunkt, um durch ein gerichtliches Verfahren Licht in die dunkle Angelegenheit der Erschießung des Jungen zu bringen. Ein eingeleitetes Untersuchungsverfahren wurde sogar nach einiger Zeit wieder eingestellt und Herr v. Kaehne beschoß weiterhin rücksichtslos alles, was sich an Mensch und Tier auf seinem ausgedehnten Besitztum sehen ließ. Erst als im vorigen Jahre derselbe anmaßende Junker einen Arbeiter aus derselben Gemeinde Glindow beim Holzsuchen durch Schüsse niederstreckte, steigerte sich die Erregung der Bewohnerschaft der Gegend so sehr, daß auch die Erinnerung an jene erste tödliche Untat wieder lebendig wurde und sich nun so viel Zeugen einfanden, daß es endlich zu einer Anklage kam.

Welchen Typ des rohen und brutalen Agrariers wir vor uns haben, ersieht man aus seinem Vorleben. Als junger Offizier hat v. Kaehne, wie er bei seiner Vernehmung offen zugibt, nur deshalb auf einen Soldaten mit dem Säbel eingeschlagen, weil dieser sich auf der Wache „unbotmäßig" benommen haben soll. Als „Notwehr" bezeichnet es der Angeklagte, da er im Jahre 1910 auf einen Maurer, der Holz suchte, feuerte. Außerdem erinnerte der Vorsitzende den Angeklagten daran, daß er in der Zwischenzeit auch in einem anderen Falle wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung bestraft worden sei. Einem Arbeiter, den er beim „Holzdiebstahl" traf, erklärte er in seiner Gemütsverrohung: „Wenn ich Sie wieder erlange, dann treffe ich Sie besser als den Rieiert." Die Antwort des Angeklagten: „Das werde ich wohl gesagt haben, das ist auch mein gutes Recht."

Bezeichnend für die geistige Einstellung des junkerlichen Schloßherrn ist auch sein Benehmen bei der Auffindung der Leiche des Erschossenen. Als der Landjäger an v. Kaehne einige Fragen über den Leichenfund richtete, schnauzte er jenen in barschem Tone an und verbat sich die Fragestellungen. Warum? Der Ton des Landjägers sei — so erklärt der Angeklagte dem Gericht — nicht der gewesen, den ein alter, **gedienter Unteroffizier einem alten Offizier gegenüber anzuschlagen habe.** Neben vielen anderen Anzeichen ist äußerst belastend für den Angeklagten, daß im Dienstbuch des Försters gerade die Blätter fehlen, auf denen der Leichenfund verzeichnet war. Was hier leicht zu erklären ist, wenn man das Zusammenarbeiten von Schloßherrn und Förster kennt: „Ich und mein Förster sagen nichts, wenn wir einen Dieb treffen, sondern es gibt was hinten drauf", war einmal das Bekenntnis dieser schönen Seele.

Der Hauptbelastungszeuge bekundet, daß er mit dem Erschossenen zusammen am Seeufer die Eier gesucht habe. Kurz nachdem sie sich getrennt hatten, habe er den schwachen Knall eines Schusses gehört, und einen Ruf des Erschossenen. Als er sich daraufhin verdrückte, sei ihm v. Kaehne entgegengekommen. Für die Gemütsverrohung des Angeklagten ist ferner kennzeichnend sein Ausspruch, als er die Mitteilung erhielt, daß draußen eine Leiche liege": „Laßt sie doch liegen, laßt die Schweine sie auffressen." Der Förster dieses edlen Erstklassigen muß als Zeuge selbst zugeben, daß auf Peetzow „ab und zu" geschossen worden sei; vor allem seien auf Kartoffeldiebe Schreckschüsse abgegeben worden. Kaehne selbst hätte immer einen großen alten Trommelrevolver bei sich geführt.

Schon der erste Tag des Prozesses enthüllte ein Bild, das wie ein Blick ins Mittelalter anmutet. Doch ist es nur ein Ausschnitt aus dem Preußen der Vorkriegszeit, das sich hier auf Peetzow in die Republik hinüberretten konnte.

Das geschenkte Automobil.

Aus kaufmännischen Kreisen wird dem „Berl. Tagebl." der folgende Fall mitgeteilt, der die Reichsbankpolitik der Papiermarkkredite in interessanter Weise beleuchtet: der sehr reiche Inhaber einer sehr großen Firma kauft sich vor drei Monaten ein Automobil. Kaufpreis: eine Milliarde Papiermark, damals mehr als 20 000 Goldmark. Der Kaufpreis ist sofort zu entrichten. Der Käufer zahlt, und zwar mit einem Drei-Monats-Akzept, das der Verkäufer gern annimmt, da es ihm die Reichsbank bereitwilligst diskontiert, weil es die Unterschrift zweier durchaus solventen Firmen trägt. Der Käufer hat sein Automobil. Der Verkäufer hat sein Geld. Jetzt wird das Drei-Monats-Akzept fällig. Der Käufer hat also nunmehr für seinen kostbaren Sachwert eine Milliarde Papiermark zu zahlen. Das heißt: er bekommt das Automobil geschenkt und zahlt ein kleines Douceur von ein paar Goldmark. Wenn er gestern zahlte, waren es siebzehn Goldmark, morgen vielleicht noch weniger. Wer hat ihm dieses Geschenk gemacht? Der Verkäufer nicht, denn der hat den geforderten Kaufpreis bekommen. Die Reichsbank ist es, die diesem sehr solventen Herrn ein Automobil gratis überreicht, auf Kosten gerade derjenigen Steuerzahler, die am wenigsten leistungsfähig sind, und die zu solchen Zwecken von der Inflationssteuer erdrückt worden sind. Das ist die Politik der Papiermarkkredite, an der die Reichsbank allen Mahnungen, allen Anklagen zum Trotz jahrelang festgehalten hat, und die Herr Havenstein heute noch für die allein richtige erklärt. Gewiß werden so langfristige Kredite heute nicht mehr gegeben. Aber für kürzere Zeiträume wird auch heute noch Papiermarkkredit gewährt. Wie lange soll dies unheilvolle Spiel noch fortgesetzt werden? Wie lange noch soll Herr Havenstein die schwere Verantwortung des Amtes tragen, das von ihm so gründlich diskreditiert worden ist?

Genosse Auer über Bayern.

Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Aussprache des Genossen Auer mit einem seiner Redakteure. Danach sprach sich Genosse Auer über die Situation in Bayern folgendermaßen aus:

„Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn unsere Freunde im Reiche, und besonders in Berlin und in Sachsen, sich einer **ebenso voreiligen wie gefährlichen Nervosität hingäben, die wir in München nicht empfinden,** obgleich wir wohl am ehesten dazu Veranlassung haben könnten. Aber gerade der außerordentliche Ernst der Lage gebietet uns allen, kühlen Kopf zu bewahren. Das einzige, was ich bedauere, ist, daß die Reichsregierung nicht 24 Stunden früher, also gleichzeitig mit dem Beschluß der Einstellung des passiven Widerstandes, den Ausnahmezustand für das ganze Reichsgebiet von sich aus verfügte. Damit wäre man der bayerischen Verfügung zuvorgekommen und hätte man den ganzen Konflikt vermieden, der sich jetzt aus dem Bestehen zweier Ausnahmeverordnungen nebeneinander ergibt. Aber zu rückschauenden Betrachtungen ist nun keine Zeit mehr.

Die Rechtslage ist jedenfalls ganz klar: Verfassungsmäßig ist **General v. Lossow der Oberbefehlshaber in Bayern,** und Herr **v. Kahr hat ihm zu gehorchen.** Bisher hat Kahr in drei Fällen versucht, gegen die Weisungen des Generals zu handeln und dann jedesmal der Durchführung glatt nachgegeben. Zunächst bei den **vierzehn Hitler-Versammlungen,** die er am Donnerstag abend, nach der Verfügung des bayrischen Ausnahmezustandes gestattet hatte, und die er nach der Bekanntgabe des Reichsausnahmezustandes wieder verbieten mußte. Das gleiche tat er mit den vorerst genehmigten **Roßbacher-Versammlungen.** Am deutlichsten ist dies aber am Sonnabend mit dem **Verbot des „Völkischen Beobachters" durch den Reichswehrminister** in Erscheinung getreten. Hier ist Kahr vor aller Welt vor der Reichsautorität zusammengeklappt. Außerhalb Bayerns ist man sich vielleicht dessen nicht bewußt, wie sehr sich damit Kahr im eigenen Lager geschadet hat. Sein Nimbus als Diktator verblaßt immer mehr. Man fängt schon an, über ihn zu spotten, und das ist das schlimmste, was einem Diktator passieren kann. **Die Rivalität zwischen den einzelnen Köpfen der bayrischen Reaktion** vertiefen sich infolgedessen von Stunde zu Stunde. Es wäre töricht, wenn wir diese Entwicklung durchkreuzten.

Gewiß ist es die Pflicht des Reiches, kraft seines verfassungsmäßigen Rechtes den gegenwärtigen unhaltbaren Zustand der beiden Ausnahmezustände aus der Welt zu schaffen. Rechtlich besteht der bayrische Ausnahmezustand gar nicht mehr. Er hat mit der Verhängung des Reichsausnahmezustandes automatisch aufgehört zu existieren. Deshalb wäre es verfehlt, wenn das Reich ihn aufheben würde: was nicht besteht, hebt man nicht auf. Um so notwendiger ist es aber, die bayrische Regierung dazu zu zwingen, diesen Tatbestand formell und praktisch anzuerkennen. Das kann zunächst durch Verhandlungen von Regierung zu Regierung geschehen, und es kann selbstverständlich keine Rede davon sein, daß das Reich nur einen Fußbreit von seiner geraden Rechtslinie abweicht. Auch muß man jeden Verschleppungsversuch sofort durchkreuzen. Diese Verhandlungen sind, wie ich höre, bereits im Gange. Wir in Bayern warten ihr Ergebnis ohne Nervosität ab. Wir stehen auf dem Standpunkt, **daß das Reich ein Scheitern, also den offenen Konflikt und den Bruch, nicht zu fürchten braucht. Aber was wir vermieden wissen möchten, das wäre ein Fehlgriff, der die ganze, in ihren persönlichen Ambitionen und politischen Zielen durchaus uneinige Gesellschaft mit einem Schlage zusammenführen würde."**

Uns deucht, daß Genosse Auer reichlich optimistisch sieht. Die Meldungen der letzten Tage zeigen doch mit aller Deutlichkeit, daß in Bayern die Wiedereinführung der Monarchie praktisch erprobt werden soll.

Die Historie der Dolchstöße.

Im „Echo", dem Blatte der jungen Demokraten, lesen wir folgende zeitgemäße Hinweise von Dr. Alfons Hildenbrand:

Der **Große Kurfürst** fiel für den Preis von 600 000 Gulden seinen deutschen Landsleuten, die das Elsaß verteidigten, in den Rücken. **So kam das Elsaß zu Frankreich.**

Friedrich II., der Große, gesteht selbst in seiner Geschichte der Schlesischen Kriege ein, daß er durch seine Kriege gegen Oesterreich **das Elsaß den Franzosen erhalten habe.**

Friedrich Wilhelm III. erklärte 1813, ehe er durch das selbständige Handeln seines Volkes zum Anschluß an Rußland gezwungen war, er wolle lieber über **einen Teil** seiner Lande herrschen **von Napoleons Gnaden** als über das **ganze Land von Volkes Gnaden.**

Kurfürst Karl Theodor von Bayern versprach 1778 im Vertrag zu Wien, den größten Teil **Bayerns abzutreten.** Die Versorgung für seine unehelichen Kinder war der Preis, den Oesterreich bezahlen sollte.

1784 bot der gleiche Wittelsbacher, nachdem der obige Plan mißglückt war, **Bayern zum Tausche** gegen einen Teil der Niederlande und den Titel eines Königs von Burgund.

1848 beauftragte der **bayrische König** seinen Gesandten in London, England als Mitgaranten der Wiener Bundesakte zu einem Einspruch **gegen die deutschen Einigungsbestrebungen** der Frankfurter Nationalversammlung aufzufordern.

Um das Jahr 1800 bestand das Kurfürstentum **Bayern** nur aus den wirklich von Bayern bewohnten Gebieten, aus Oberbayern, Niederbayern und einem Teil der Oberpfalz. Für **seinen Anschluß an Napoleon** erhielt es 1803 die stammesfremden Gebiete der Bistümer Würzburg, Bamberg, Augsburg und Freising, Eichstätt und Passau und dazu noch 13 reichsunmittelbare Abteien und 15 Städte in Schwaben und Franken.

Für weitere Hilfe, die **Bayern Napoleon** leistete in seinem **Kampfe gegen Deutschland,** erhielt es 1805 eine erneute Vermehrung seines Gebietes um 500 Quadratmeilen, Landstriche, die wiederum zum größten Teile von Schwaben und Franken, also Nichtbayern ,besiedelt waren.

Als **höchste Belohnung** für die gegen Deutschland geleisteten Verdienste erhielt schließlich der **bayrische Kurfürst** am 1. Januar 1806 aus den Händen Napoleons, der zu diesem Zwecke nach München gekommen war, **die Königskrone.**

Volkswirtschaft

Inflation und Preisbildung.

SPD. Wie man sich auch zu den neuen Währungsplänen der Reichsregierung stellen mag, unbestritten bleibt die Tatsache, daß eine Sanierung der Währung undenkbar ist, wenn die Inflation aufhört. Bleibt der Staat bei der Deckung seines Ausgabenbedarfs auf die Notenpresse angewiesen, so wird jede Neumark, Goldmark, oder wie man sonst das neue Geld nennen mag, nur eine Neuauflage der Papiermark sein, und nicht einmal eine verbesserte Auflage. Denn wenn der Versuch zur Schaffung einer neuen Währung damit enden würde, daß auch das neue Zahlungsmittel morsch bleibt, so werden alle Sanierungsversuche auf lange Zukunft hinaus mißkreditiert, sowohl in den Augen des Auslandes, wie in denen des Inlandes. Das Spiel mit dem deutschen Gelde könnte von neuem beginnen.

Aus diesem Grunde ist es nur zu begrüßen, daß das Reichsfinanzministerium zugleich mit seinen Arbeiten an der Währungsreform einen Umbau der Steuererhebung nach der Richtung vornimmt, daß der Staat nicht wieder bei fortgesetzter Geldentwertung von den Steuerzahlern betrogen werden kann. Aber das allein genügt nicht. Es kommt ganz wesentlich darauf an, daß auch die wirtschaftlichen Vorbedingungen für eine Stabilisierung der Währung geschaffen werden müssen und daß eine ganz neue Wirtschaftspolitik einzusetzen hat, um die Bestrebungen zu einer Stabilisierung der Währung zu unterstützen.

Ueberall schießen die Preise über das Weltmarktpreisniveau hinaus. Man hat, in der richtigen Erkenntnis, daß die Goldrechnung, einseitig von den Produzenten angewandt, zu einer Unterhöhlung des Warenmarktes, zu einer Enteignung der Warenverteiler und damit zu einer Unterbindung der Warenzufuhr führen müßte, selbst der Wuchergesetzgebung größeren Spielraum gelassen. Man hat freilich noch immer nicht die unabweisbare Konsequenz gezogen, daß nun auch Goldlöhne gezahlt werden müssen. Wie dem auch sei, die Durchführung der Goldpreise hat, soweit es sich bisher übersehen läßt, die Lage der Industrie und des Warenmarktes eher verschlechtert als verbessert.

Zu einem wesentlichen Teile liegt das daran, daß man zwar die Goldrechnung einführte, aber auch bei Goldpreisen die erhöhten Gewinne und Risiken für den Unternehmer in Anspruch nahm, die sich früher bei der Papiermarkrechnung ergab. In den Preisbedingungen einzelner Kartelle tritt das ganz deutlich hervor. Da werden nämlich die Preise in Goldmark gestellt, solange der Dollar steigt. Wenn aber der Dollar fällt, so verlangt man einen Mindestpreis in Papiermark. Dieser Zustand ist selbstverständlich unhaltbar. Er muß dazu führen, daß die geringste Besserung der Mark — und diese war ja zeitweilig immer innerhalb einzelner Perioden der Geldentwertung zu verzeichnen — eine Ueberhöhung der Goldpreise über den Weltmarktsstand hinaus bewirkt. Noch drastischer tritt das in Erscheinung, wenn einzelne Kartelle — und gerade die maßgebenden — Goldmarkpreise nehmen und diese ohne Rücksicht auf die Weltmarktpreise festsetzen. Wenn z. B. der Preis für Eisen und Stahl auf der Basis von 240 Goldmark pro Tonne Stabeisen festgesetzt wird, wenn man die Kohlenpreise mit rund 36 Goldmark netto, also ausschließlich der Kohlensteuer und der sonstigen Auflagen, um mehr als 60 Prozent über dem Werkpreis der englischen Kohle und immer noch um mehr als 20 Prozent über demjenigen Preis festsetzt, den englische Kohle nach ihrer Einlieferung im Hamburger Hafen kosten, so heißt das, daß auf die gesamte Industrie und auch auf die Eisenbahnpreise ein gewaltiger Druck zur Ueberspannung ihrer eigenen Preise und Tarife ausgeübt wird. Denn in dem gleichen Verhältnis verteuern sich die Gestehungskosten der verarbeitenden Industrie und man hat es sich ja längst abgewöhnt, das verbilligende Moment der niedrigen Löhne bei der Preisbemessung zu berücksichtigen. Die Folge davon ist, daß alle Waren überteuert sind. Jeder Produzent beruft sich auf die Steigerung seiner eigenen Produktionskosten und denkt gar nicht an einen Preisabbau, der zwangsläufig eintreten würde, wenn man die Konkurrenz des billigeren Weltmarktes gegen die Preisübersteigerung der inländischen Industrie ausspielen könnte. Das geht aber nicht. Die Wareneinfuhr ist beschränkt, nicht nur durch behördliche Maßnahmen, sondern auch durch die Tatsache, daß es an Devisen fehlt und daß infolgedessen die Wareneinfuhr stockt. So wirkt sich die Valutablockade weiter als eine Mauer des Hochschutzzolles aus, welche die Preisbewegung im Inlande von denen des Weltmarktes völlig unabhängig macht und sie ausschließlich in die Hände der Produzentenmonopole legt.

Die Ueberhöhung der Warenpreise aber muß zwangsläufig zu einer neuen Anspannung des Notenumlaufes führen. Sie bewirkt eine Ueberhöhung der Lebenshaltungskosten, eine allzu starke Steigerung aller Materialpreise für staatliche Unternehmungen und zwingt so zu vermehrten Staatsausgaben. Der Umstand, daß für wichtige Warengruppen die Weltmarktpreise niedriger sind als die inländischen, reizt zu erhöhter Einfuhr und schafft so künstlich einen gewaltigen Devisenbedarf, der auf den Kurs der Mark drücken muß. So besteht die Gefahr, daß die Preispolitik der Industrie und der Landwirtschaft alle Bestrebungen zur Schaffung einer neuen Währung durchkreuzt.

Als Gegenwehr bleibt nur eine organische Wirtschaftspolitik, welche die Industrie und Landwirtschaft zur Anpassung der Preise an das Weltmarktpreisniveau zwingt und auf die Stärkung der Kaufkraft gerichtet ist. Schon jetzt kriselt es in dem größten Teil der Industrie, weil der Warenabsatz auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist, nachdem der Auslandsmarkt die überhöhten Preise nicht mehr zahlen will, das Inland aber sie nicht zahlen kann, dessen Kaufkraft zu sehr geschwächt ist. Der Preisabbau muß herbeigeführt werden, die Wirtschaft muß gezwungen werden, zu einer rationellen Produktion zurückzukehren, nachdem sie jahrelang von der Geldentwertung gelebt hat. Das künstliche Mittel des Preisanreizes, das man bisher gern als den einzigen Weg zur Steigerung der Produktion bezeichnet hat, versagt jetzt ganz und gar; es müssen neue Wege gefunden werden, um den beschleunigten Uebergang zu gesunderen Produktionsbedingungen, zu einem Abbau der Gewinne und der überspannten Risiko-Prämien, sowie zu einer Beseitigung des Leerlaufes in der Wirtschaft hinleiten.

Die Deutschen Werke A. G.

sind neben den Eisenbahnen das größte in den Händen der Allgemeinheit befindliche Unternehmen des Reiches. Sie arbeiten als eine Aktiengesellschaft, deren Anteile bisher ausschließlich dem Reich gehörten und in der jeder private Einfluß ausgeschaltet war. Die gewaltigen Produktionsstätten, die sie von der früheren Heeresverwaltung übernahmen und für eine großzügige Produktion von Qualitätswaren für Friedenszwecke verschiedenster Art nutzbar gemacht wurden, sicherten ihnen eine überragende Existenzberechtigung. Dazu kamen noch gewisse Vorräte an Rohstoffen, die insbesondere noch aus den Zeiten stammten, wo man für Kriegszwecke gewaltige Mengen von Rohprodukten ansammelte, und die jetzt zur Herstellung von Landmaschinen, Präzisionsinstrumenten und einer großen Zahl anderer Waren zur Verfügung stehen. Mit Verbitterung wurden seinerzeit die Versuche der Entente abgewehrt, diese Werke ihrer Produktionsfähigkeit zu berauben. Jetzt hört man, daß Aktien der Deutschen Werke A. G. demnächst an der Berliner Börse gehandelt werden sollen. Ein Finanzkonsortium hat die Zulassung von 300-Millionen-Mark-Aktien der Deutschen Werke zum Börsenhandel an der Berliner Börse beantragt. Ueber die Gründe, welche zu dieser Beteiligung des Privatkapitals an den bisher ausschließlich reichseigenen Werken führen, ist nichts Näheres bekannt. Wundern muß man sich nur darüber, wie in aller Stille hier dieses Großunternehmen des Reiches von einem ausschließlich reichseigenen zu einem gemischtwirtschaftlichen Betrieb gewandelt werden soll. Es ist nicht bekannt, ob genügend Sicherungen dagegen getroffen sind, um auch bei der Beteiligung des Privatkapitals der Deutschen Werke die Unabhängigkeit von Privatinteressen zu erhalten. Man muß dagegen Einspruch erheben, daß hier Vermögenswerte des Reiches zu einem nicht unerheblichen Teile dem Privatkapital überantwortet werden sollen, ohne daß die Oeffentlichkeit über diese Absicht auch nur einigermaßen ausreichend unterrichtet worden wäre.

Vermischte Nachrichten.

Ein Sieg Carpentiers. Der französische Boxer Carpentier hat über den englischen Boxer Joe Beckett einen Sieg davongetragen, der infolge seiner Schnelligkeit in der Boxkunst ohne Beispiel dasteht. Carpentier ist es gelungen, seinen Gegner bereits in der ersten Runde nach 20 Sekunden „knock out" zu schlagen.

Unwetterkatastrophe in Nebraska. Wie aus Ohama gemeldet wird, ging Sonntag ein Wirbelsturm, verbunden mit einem Wolkenbruch, über Zeva und Nebraska nieder, der ungeheuren, in die Millionen Dollars gehenden Sachschaden anrichtete. 20 Personen wurden getötet.

Der abkühlende Eisberg. Die abkühlende Wirkung, die ein Eisberg hervorbringt, wird durch die Meldung eines Dampfers beleuchtet, der auf der Fahrt von London nach Neuyork einen Eisberg sichtete. Der Eisberg maß 100 Fuß Höhe bei 210 Fuß Länge. Obwohl er etwa 50 Kilometer entfernt war, als man ihn sichtete, fiel doch die Temperatur des Meeres um 10 Grad, während die Lufttemperatur um 8 Grad niedriger wurde.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.

Von Leon Frapie.

4. Fortsetzung.

„Es ist Ihnen nicht gestattet, so zu sprechen, mich so anzusehen, sich so zu schnäuzen, noch auch so zu seufzen. Und dann haben Sie eine Frisur, die ich nicht liebe, und zu enganliegendes Kleid, das ist unanständig. Ich setze voraus, Sie glauben doch nicht, meine Wohnung mit Ihren Jagdstiefeln zu betreten. Kaufen Sie sich Halbstiefel zum Knöpfen, das lasse ich zu. Sie werden mir zu beweisen haben, daß nichts an Ihrer Wäscheausstattung fehlt. Die Dienstmädchen, welche nicht genug Wäsche haben, schämen sich nicht, die Wäsche ihrer Herrin zu brauchen, diese Diebinnen!"

„Madame wird meinen Koffer durchsehen . . ."

„Bis auf den Boden, seien Sie dessen sicher! Und dann keine Parfüme; Sie scheinen nach Kampfer zu riechen? Verheimlichen Sie keine Krankheit? Strecken Sie die Zunge heraus. Mein Gott, was für eine spitze Zunge! Ist denn das natürlich? Ich wette, daß Sie schwatzhaft sind: Sie werden mich zum Vorbild nehmen. Ihre Hände sind nicht aufgesprungen genug, sollten Sie Furcht vorm Scheuern haben? Wie lautet Ihr Name auf diesem Scheine?"

„Sulette, Madame."

„Wie? Ich verstehe nicht, daß ein Dienstmädchen sich gestattet, solch einen Namen zu tragen! Das ist ein Romanname, wahrhaftig! Ich hoffe, daß Sie bei der Arbeit nicht träumen, merken Sie sich, das Dienstmädchen gehört mit Leib und Seele ihrer Herrschaft, es ist ihm nicht gestattet, an etwas anderes als ihre Arbeit zu denken, es muß den Kopf leer haben: auf diese Weise macht man keinen Fehler, zerbricht nichts, trödelt nicht, um den Fliegen zuzusehen, wie sie mausen. Ich habe eben eine deswegen fortgeschickt, weil sie sich die „Veillées du dimanche" kaufte, die freche Person! . . . . Uebrigens bin ich nicht anspruchsvoll und gebe monatlich fünfundzwanzig Franken."

*

Sulette hielt nur sechs Wochen auf der Rue des Batignolles aus. Der geringste ihrer Schmerzen war, daß man sie zwang, die Ueberbleibsel zu essen, die der triefäugige Hund nicht mehr mochte.

Beziehungen knüpften sich zwischen ihr nud dem Vermittlungsbureau, sehr beständige, freundschaftliche. Sie wechselte in sechs Monaten fünfmal mit ihrer Herrschaft.

„Halt, sagte endlich der Agent, der Mitgefühl mit dem Unglück seines „Schützlings" heuchelte, „diesmal haben wir besseren Erfolg: ich bringe Sie bei einem Offizier, einem noch aktiven Hauptmann, unter."

Leider! Auch bei dem Hauptmann herrschte wie bei dem Professor, dem Beamten oder dem kleinen Kaufmann die Knauserei, die Bettelhaftigkeit, welche man mittels spanischer Wände zu verbergen eifrig bemüht war, und der Hauptpunkt dieses Augentruges war das Dienstmädchen. Das Dienstmädchen! Unglückliche Dekorationsfigur, welche man nie aufgab und die in Ueberanstrengung und Elend die ganze Last der Repräsentation zu ertragen hatte.

Ohne Privatvermögen war der Hauptmann das Opfer seiner goldenen Tresse, der Etikette, der Garnisonwechsel, der Familie. Die Geldklemme und Eitelkeit mochten gut militärisch sein, das Dienstmädchen litt deshalb nicht weniger darunter.

In der Küche wurden Kämpfe um das zugeteilte Brot zwischen Sulette und der hungrigen „Ordonnanz" ausgefochten. Eine beinahe völlige Fastenzeit folgte den prunkvollen Diners, die von Zeit zu Zeit, je nach den Verpflichtungen, veranstaltet wurden. Im Keller hatte man keinen Wein; die bei jedem Empfang nötigen edlen Gewächse bekamen ihr altes Aussehen beim benachbarten Delikatessenhändler. Wenn eine Flasche am Leben blieb, tauschte man sie nach dem Fest gegen Zucker und Seife um. War sie unglücklicherweise entkorkt worden, dann bemühte sich die ganze Familie, klopfenden Herzens den Verschluß neu zu versiegeln.

Man gab auch Abendgesellschaften, wo gelehrte Musik gemacht und zarte Gedichtchen aufgesagt wurden. Gegen Mitternacht suchte Sulette, den infolge Magerkeit länger erscheinenden Hals vorstreckend, durch die Türspalte zu blinzeln, ob die Teller voll Backwerk sehr verschwänden, und während der erhabenen Melodie zu überschlagen, wieviel von ihrem eigenen Fleisch die vor edler Sentimentalität ohnmächtigen Besucher weggeknappert hätten.

Im geheimen flickte der Kapitän seine Kleider, stopfte, nähte die Knöpfe fest; seine Frau, die das Mädchen in Beschlag nahm, sowie er die geringsten Ausbesserungen beanspruchte, verstand sich schlecht auf diese Kleinigkeiten und war außerdem zu sehr große Dame, um sich mit einer Nadel in die Finger zu stechen. Nach ihrer Ansicht war es mehr wert, in Wasser gekochte Kartoffeln von Silbergeschirr zu essen, als Rindslende von Neusilber.

„Das ist sehr hübsch," sagte Sulette für sich, „so zu denken, wenn man einen Teil des Tages sich auf einer Chaiselongue herumwälzt; aber Leute, die harte Arbeit verrichten, haben einen Appetit ohne alle Umstände."

Oft trippelte der kleine Hauptmann, wie ein Spürhund, in Verzweiflung, dabei sehr höflich, leise sprechend, hinter dem Mädchen her, um sie mit der sparsamen Abnützung des Besens, der berechnenden Handhabung des Wischlappens vertraut zu machen.

Schon in verschiedenen Häusern hatte Sulette Keckheiten der Gäste zurückweisen müssen, welche sich des Kniffs bedienten, unter einem diskreten Vorwand, beutesuchend, in die Küche zu gehen. Aber der Kapitän hatte einen alten, ledig gebliebenen, als Wüstling bekannten Kameraden, der trotz Abwehr das Gebiet der Taille überschritt und die Ursache wurde, daß Sulette fortgeschickt wurde. Einmal, als ihm ein Griff zu gut geglückt war, warf sie ihm eine Kasserolle mit heißem Wasser ins Gesicht.

Die Fehler Sulettes nahmen mit der Dauer ihrer Dienstzeit zu. Ueberall wollten die Gebieter, daß das Hausmädchen einzig eine belebte Kraft, fast eine Materie sei, die aufgebraucht werden könne; sie gestatteten ihr nicht, eigene Atemzüge zu tun, erkannten keine Gefahr darin, diesen Organismus in die Familie zu verpflanzen, ohne ihm Licht und persönliche Freiheit zu lassen.

Nach dem Weggang aus dem Hause des Hauptmannes begann Sulette die Gier ihres Herrn mit einer entsprechenden zu vergelten. Sie erledigte die Arbeit ohne Sorgfalt, wurde schmutzig und unaufrichtig. Um sich über ihren Drang „nach da draußen" hinwegzutäuschen, dachte sie Feuilletons ausfindig, welche die Nächte mit Leben erfüllten, und tagsüber schlief sie während der Arbeit, zerbrach das Geschirr, versengte die Wäsche, verdarb die Soßen.

Es gab Zeiten, da glich sie einem kleinen, schlecht gekämmten, liederlich angezogenen Aschenbrödel, schleifte alte, ausgetretene Schuhe nach, vergaß ihre Lappen und Fledermäuse in allen Ecken. Ihr unbefriedigtes Sehnen nach Liebe brachte sie auf den krankhaften und verderbten Zustand jener Geschöpfe, welche niemand trösten und schützen will; sie stahl vom Zucker, vom Wein, vom Dessert. Die Gaunereien der Kaufleute, welche ihr den Sou vom Frank „und noch etwas zu" gaben, waren keine verlorenen Lektionen für sie. Der unsaubere Gewinn ging in Ankauf von auffallenden Seidentüchern und billigen Parfümerien auf.

Besonders bemühten sich die bedeutenden Persönlichkeiten der Geflügel-, Fisch- und Gemüsehändlerinnen, bei denen die Dienstmädchen die Haupteinkäufe machen, sie zu witzigen.

„Da, meine Kleine, ist ein Huhn, das ich Ihnen für vier Frank lasse, aber seien Sie nicht so töricht, es Ihrer Gnädigen unter hundert Sous anzurechnen, ist für Sie, diese Ermäßigung. . . . Drei Frank die Forelle, ich gebe Ihnen eine Note über drei Frank fünfzig."

Von den reiferen Köchinnen, welche darauf lüstern waren, nette Männer zu erheiraten, Polizisten oder Aufseher in Paris, belehrt, legte Sulette ein Sparkassenbuch an; sie brachte es in ihrer Matratze unter und träumte, darauf liegend, von Liebe. Am Morgen hatte sie bisweilen beim Ankleiden der Kinder ein Schwächegefühl in den Händen, wenn sie die Hemdzipfel in den Höschen ordnete.

Ein komisches Vorurteil war's, daß sie sich immer um Stellen bemühte, wo es Kinder gab. Ueberall begegnete sie einer speziell kleinen Mädchen eigenen Bosheit, die noch raffinierter als die der Knaben war und aus Geschlechtseifersucht hervorging.

Zudem gestattete man Mädchen wie Knaben, den Dienstboten zu demütigen, zu quälen, um die Familienbande zu wahren. Aus schlauer Praxis und trägem Hochmut übertrug man Marien mütterliche Fürsorgen, ebenso wie die ganze häusliche Arbeit, aber dank der den Kindern erlaubten Bosheit hatten die Eltern keine Minderung der Liebe zu befürchten. Aus der Erkenntnis, daß gewisse Arbeit in Verruf stand und man sie ausdrücklich dem Dienstmädchen zuwies, folgerten die Kinder, Marie sei ein niedriges und verächtliches Geschöpf; da sie die geringe Achtung fühlten, die man für deren bescheidene Person hegte, da sie ungeachtet der täglichen Berührung sie eine Fremde bleiben sahen, wurden sie gleichgültig, undankbar und verhärtet. Ihre Gemüter wurden für immer durch diesen familiären „Kult der Maria" beeinflußt.

(Fortsetzung folgt.)

1 Satz Ferkel
zu verkaufen. (7154
J. Klüver,
Schwartauer Allee 125.

Zugänger u. Milchziege
zu verkaufen. (7160
Groß-Steinrade 23.

Große Zugänger
zu verk.
(7153) **H. Stapelfeld,**
Krempelsdorfer Allee 80.

2 j. Ziegen z. verk. oder geg. H.-Fahrrad z. tausch. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. (7156

Nähmaschine u. Schreibmaschine mit Preisang. zu kaufen gesucht. Ang. unt. **C 328** an die Exp. d. Bl. (7144

Jg. Terrier, nicht unt. 1 Jahr, z. kauf. ges. (7152 Ang. u. **C 330** a. d. Exp.

Uhren 7146
Alle Waren auf Teilzahl.
H. Schultz, Johannisstr. 20

Morgen Donnerstag!
Neueröffnung
der Verkaufsstelle 7169
Kottwitzstr. 20-22.

Feinkost-Großhandlung
Paul Burmester jun.
Holsteinischer Butter- u. Margarine-Vertrieb

Alt-Eisen, alte Maschinen, Dampfkess. j. Art, Hufe- u. Schmiedeeisen, Späne-, Schmelz-, Gußbruch.
Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Stanniol, Späne
L. Lissianski, Kanalstr. 21 Großhandel. Fernspr. 876.
Obertrave 19. Großhandel. 7141
Felle, Tierhaare, Papier usw. kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede.
Fabrikationsbetriebe.

Bekannt reelles Einkaufshaus.
Weit unter Tagespreis
Stoffe
für Herren- und Knaben-Anzüge. Kostüme und Mäntel. 7162
Keine Hausierer- u. auch keine Partiewaren! Nur reelle Qualitäten!
Holstenstr. 17!
früh. Stadtcafé, Eing. n. d. Seite. St. Petri.

Der Abendkursus in der Buchhaltung beginnt am Dienstag, d. 9. Okt. 7½ Uhr. (7149
Karl Hinzpeter
Moltkestr. 5.

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch, Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfehling 7150
32 Holstenstr. 32

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung und Schäftefabrik. (7139

Brillanten
Gebisse - Gold - Silber
Perlen, Münzen, Platinsachen
kauft ständig (7142
Frick,
63. Hüxstr. 65.

Adlershorst. Jeden Donnerstag: (7140 **Ball.**

Platdüütsche Volksgilde to Lübeck.
De Bidrag för 1924 is fällig un kann in de Tiet vun 9 bit 12 in de Gildestuum, Johannisstr. 15, betaalt warden.
Freedag, den 12. Okt., abds. Klock ½8 in de Jacobikark: (7171
Orgelkonzert.
Dunnersdag, den 25. Okt. abends Klock ½6 in't Kolosseum:
1. Klönabend.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe Rücknitz.
(7158
Sonntag, 14. Okt.
17. Stiftungsfest.
Ballanfang 5 Uhr.
Der Festausschuß.
Umliegende Bundesgruppen sind hiermit besonders eingeladen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck

Arbeitsgemeinschaft.
Die Löhne für die Zeit vom 3. 10. bis zum 9. 10. betragen für Gesellen über 24 Jahre 31 000 000, vom 2. Gesellenjahr bis zum 24. Jahre 29 500 000, im ersten Gesellenjahre 23 300 000 Mk. (7161
Die Lohnkommission.

Hansa-Theater.
Heute Mittwoch 7½ Uhr zum letzten Male:
Der Gaukler-König. 7138
Donnerstag, 7½ Uhr zum ersten Male:
Der Fürst von Pappenheim.
Operette in 3 Akten von Hugo Hirsch.

BUTAB
Bund der techn. Angest. u. Beamten
Donnerstag, 4. Oktober, 8 Uhr abends (7146
Monatsversammlung
im Kulmbach. Bierhaus.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 7143

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag, 7.30 Uhr: **Rheingold.** Alberich: Herr Guttmann, Stadttheater Hamburg, Fasolt: Herr Simons, Stadttheater Kiel. (7157
Freitag, 7.30 Uhr: **Der Marquis v. Keith.**

Bei Einkäufen geht man nur zu den Inserenten unserer Zeitung!

Fledermaus
Täglich 8 Uhr:
Sensationelle Vorstellung und Tanz.

Starke Café u. Konditorei
Königstr. 25
Täglich: **Künstler-Konzert!**

Spanetti
die beste Milch-Schokolade

August Haerder & Co.
Damen- und Herren-Bekleidung
Sandstraße 1.

Alexander Krotk
Königstraße 47
Spezial-Geschäft für feine Lederwaren, Reisekoffer, Reise- und Damentaschen in reicher Auswahl.

Reserviert für
H. Mecklenburg & Co.
Papiergroßhandlung

Christian Gräeff
Mengstraße 56 * Telephon 3280
Generalvertreter der
„Dema"-Margarine-Werke
Spandau-Hasselhorst

Gebr. Hirschfeld
Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion
Breite Str. 39-41 Fernruf 106.

Nordische Käsefabrik
Bernhard Horstmann A.-G.
Lindenstr. 20-22 Fernspr. 8178
Spezialität: Weichkäse

Grützmühle Carl Moll, Lübeck
Telefon 324 und 350 = Alsheide 12,14
Futter für Hühner - Grützabfälle für junge Schweine - Garantiert reines Schrot zum Mästen - Umtausch von Getreide in Grütze. Flocken usw.

Hermann Blunck G. m. b. H.
LÜBECK
Mühlenstrasse Nr. 34
Lager: Bei der Gasanstalt
Fernsprecher Nr. 8670 u. 8378
Kohlen * Koks * Briketts

Café Stammer
Konditorei — Café
Lindenstraße 1b

„Back-Pulver"
von Julius Böttcher, Lübeck
ist Friedensware!
Man achte auf den Preisunterschied.

Gebr. Röchling G. m. b. H.
Kohlen * Koks * Briketts
Böhmische Braunkohlen, Holz und Torf
Hauptkontor: Schüsselbuden 16 * Lager: Kanalstraße 3—5 * Fernspr. 3437, 3438

Welche Firmen müssen unsere Leser kennen?
(A.) **Geschäftliche Rundschau und Dauer-Fahrplan.** (Musterschutz.)

Abfahrt der Züge von Lübeck nach
Hamburg: 5⁵⁶, 7⁴⁷, 9⁴³ D, 11⁰⁰, 1²⁶, 3⁴⁴, 4¹⁷, 7²², 8²⁰ D, 9³⁰ S, 9³⁵.
Travemünde-Niendorf: 5²⁷ W, 8⁰⁰, 2⁰⁷, 6⁵⁸.
Eutin: 7¹⁴, 12⁰⁸, 1⁴² D, 2⁰⁰, 7²⁵.
Büchen: 5⁰⁰, 8⁰⁰, 1³⁰, 4¹⁸ D, 6⁰⁰. — **Segeberg:** 1³⁰ W, 2¹⁰ S, 7³⁰.
Kleinen: 7²⁰, 9³⁷ D, 12⁰², 5²⁴, 7⁵³, 9²⁵. (Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

HAGEN & Co, LÜBECK
Untertrave 44-45 Fernsprecher 2342 u. 8264
„Kosmos"-Maschinenöle. „Lubrovalvin"-Cylinderöle. Maschinenfette.
Techn. Bedarfsartikel = Treibriemen in Ia. Kernleder, Balata, Kameelhaar, Baumwolle usw.
Schiffsausrüstungen für Deck und Maschine. Größtes Lager am Platze.
Prompte Lieferung. Fabrik Hamburg. Gegründet 1853.

Kohlen-Jhrke

Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel?
In der Feinkosthandlung
Paul Burmester jun.
Hauptgeschäft: Holstenstraße 24. Fernsprecher 3763.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Café Köpff
Vornehmstes Familien-Café
Lübeck, Breite Str. 89.

Dampfbäckerei „Hansa"
Lübeck
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen überall!

J. HÖPPNER
Groß-Destillation
Weinhandlung * Likörfabrik
Lübeck, Beckergrube 66
Fernsprecher 2247.

Central-Meierei Inh. Otto Struve Lg. Lohberg 9 Telephon 1837.

Nur **gute** Schuhe
Schuhwarenhaus Auguste Popp
sind **billig!**

LUDWIG ZANDER
GOLDSCHMIED
Marlesgrube 3 * Fernspr. 8700.

B. Glogner & Co.
Kanalstraße 32-34
Stahl, Eisen, Metalle, Schrott.

An- u. Verkauf von Herren- u. Damenkleidern, Schuhen usw.
HERM. FRIEDER, Depenau 41.

F. Lissianski
Eisen ¤ Metalle ¤ Rohprodukte
Kanalstraße 21
Telephon 8760.
Obertrave 16
Telephon 876.

An- u. Verkauf von Herren- u. Damen-Garderoben, Fußzeug, Fahrrädern usw. **Karnapp, Krähenstraße 34,**

Possehl's Kohlenhandel
Abteilung Beckergrube Fernspr. 8330-8333. Abteilung Mühlenstr. 62 Fernspr. 8720-8723.
Koks ◦ Kohlen ◦ Briketts
Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.
Mehrere Stelle Holstentorbrücke = Fernspr. 8330.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Mittwoch, 3. Oktober 1923. Nummer 231.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 3. Oktober.

Würger „Dollar“.

Was wir gegenwärtig erleben, dieses Auf und Ab der Hoffnungen und Enttäuschungen, erinnert mit fataler Aehnlichkeit an die Kriegsjahre. Wie im Krieg, warten wir heute auf den „Tagesbericht“, von dem alle unsere Erwartungen abhängig sind. Der „Tagesbericht“ vom wirtschaftlichen Kampfplatz ist heute der Dollar. Um diese Frage dreht sich heute unser ganzer Lebenskreis, ja sie ist zum Lebensinhalt geworden.

Im Kriege fragten wir, als die Qual der körperlichen und seelischen Entbehrungen von Tag zu Tag bedrückender wurde, wie lange noch? So auch heute wieder. Jede Nacht, die wir verschlafen, hat das allgemeine Wirtschaftsleben um so und so viele Umdrehungen weiter in den Strudel hineingetrieben, und jeden Morgen grinst uns eine neue Zahl entgegen, die noch größer ist, als die gestrige, und deren unsichtbarer Schweif an Sorgen, Mühen und Entsagungen auch wieder Größeres erfordert; Größeres als es der gestrige Tag verlangte. An jedem Morgen ist der Zeiger auf dem Zifferblatt der Sorgenuhr weiter vorgerückt, und wir fragen, wann wird es Zwölf sein? Und wenn wir uns bemühen, Fatalismus gegenüber diesem Zustand aufzubringen, zu lachen auf eine Welt, die verrückt geworden zu sein scheint, dann gelingt uns dies nur für Augenblicke; wir fühlen zu sehr die Schmerzen dieser Zeit. Es sind eben wieder die gleichen Schichten, die unter dem jetzigen Wirtschaftskrieg leiden, es sind dieselben, die den Krieg mit Wunden an Körper und Geist „überstanden“ haben: die Frauen, das Proletariat, der Mittelstand. Ueber ihnen wird auch jetzt wieder die Geißel der Valuta, des von Tag zu Tag sich entwertenden Geldes, geschwungen. Unsere Körperkräfte werden aufgezehrt durch das Rennen in dem einen Kreis: Geld — Ware. Seele und Geist tragen Bleigewichte, die sie erdwärts halten.

Nur eines hat der heutige Krieg voraus: es fließt kein Blut (wenigstens nicht massenweise). Was aber in „schleichendem“ Sterben durch die Aufregungen und Plagen, durch den Würger Dollar an Leben geopfert wird, ist fast nicht weniger. Der Dollar kreist — wir zerreiben uns am Alltag. Wir fragen wie im Krieg: wie lange noch?

Die Kartoffelversorgung. Da nach den bisher vorliegenden Nachrichten im laufenden Jahre nicht mit einer so günstigen Kartoffelernte wie im Vorjahre gerechnet werden kann und die Notlage weiter Bevölkerungsschichten in den Städten und Industriebezirken es zur zwingenden Notwendigkeit macht, zunächst den Speisekartoffelbedarf der Bevölkerung für den Winter zu sichern, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zwecks glatter Durchführung der Wintereindeckung der Bevölkerung mit Kartoffeln beschlossen, bei dem Reichsverkehrsminister ein vorübergehendes Versandverbot für Kartoffeln zu beantragen. In der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1923 einschließlich soll der Versand von Kartoffeln nach Stärkefabriken, Flockenfabriken, Trocknereien und Brennereien mittels Eisenbahn unterbleiben.

Eine ungezogene Anrempelei sollen sich, wie uns gemeldet wird, eine Anzahl Kommunisten gegen den Heimschutz geleistet haben. Sie sammelten sich am späten Abend auf der Falkenwiese, wurden aber von der grünen Polizei zerstreut. Darauf zogen sie nach dem Pockenhof, wo der Heimschutz eine Versammlung abhielt, und versuchten, diese zu stören. Die Unruhestifter wurden zum Teil verprügelt und hinausgeworfen. Als die Polizei anrückte, war der Streit bereits erledigt.

Eine Rauferei begannen am Dienstag abend einige Halbstarke mit Mitgliedern der Heilsarmee, die ohne jede Ursache angegriffen wurden. Den streitsüchtigen Helden ist man auf der Spur.

Kleingartenpacht. Infolge der katastrophalen Geldentwertung hat die Finanzbehörde, dem Vorgehen verschiedener anderer Staaten folgend, beschlossen, vom Herbst ds. Js. ab auch für Kleingärten eine gleitende Pacht, und zwar unter Zugrundelegung des Wertes von Roggen zu erheben. Zwecks näherer Besprechung dieser Angelegenheit hat zwischen Vertretern der Finanzbehörde und den von den staatlichen Kleingartenpächtern gewählten Obleuten eine Aussprache stattgefunden. Wie wir erfahren, hatte diese das Ergebnis, daß die überaus große Mehrzahl der erschienenen Obleute die von der Finanzbehörde geforderten Pachtbeträge als überaus gering anerkannte und daher dem Vorschlage derselben ohne weiteres zustimmte.

Die Abschiedsworte des Genossen Dr. Schlomer,

die er am 11. Juli — als er den Tod nahen fühlte — für seine Lübecker Genossen diktiert hat, sind erst heute dem Genossen Bromme übermittelt worden. Sie lauten:

An alle, die mich während meines Lebens kannten!

Liebe Freunde und Freundinnen! Lange habt Ihr nichts von mir gehört. Mein Nervenleiden, das mich bisher schon ganz ans Haus fesselte, führte zu einem Beinbruch. Seit vier Monaten liege ich im Krankenhaus der jüdischen Gemeinde.

Als ich dorthin kam, wußte ich, daß ich es lebend nicht wieder verlassen würde. Heute, da fühle ich, daß der letzte Kampf beginnt, sende ich Euch einen gemeinsamen Gruß, Euch, die Ihr mir Treue und Freundschaft bewahrt habt, auch als ich nicht mehr unter Euch weilen und schaffen konnte.

Ich sterbe jung. Ich habe mein Leben nicht ausgelebt. Ich wollte noch viel schaffen als Arzt, Politiker und Bürger.

Ihr alle, die Ihr mich kanntet, könnt mir bezeugen, daß ich als Arzt stets meine Pflicht erfüllt habe, daß ich als Politiker das Glück aller wollte, daß ich immer bis zur Erschöpfung gearbeitet habe. Ich freue mich, so gehandelt zu haben, aber es tut mir so weh, daß ich am Neuaufbau Deutschlands nicht mitwirken durfte.

Den Sozialisten unter Euch rufe ich zu: Arbeitet weiter in unserem Sinne an der Verbrüderung aller Völker unter Wahrung der nationalen Eigenart und bekämpft das Elend durch die Organisation aller Volksgenossen. Die Freunde, die politisch anders denken, sollen vorurteilslos dieses Streben zu würdigen wissen. Und noch eins: Im Zeichen des törichten Antisemitismus stellt Ihr Juden Euch nicht verärgert beiseite, sondern arbeitet, stolz auf Eure Eigenart, am guten Werke.

Nun lebt wohl! Mehr zu sagen, wie ich gern wollte, verbieten mir die unsäglichen Schmerzen. Jedem Einzelnen von Euch schüttele ich die Hand und danke ihm für seine Freundschaft, denn ich kann sagen: In der Not meines Lebens und Leidens — als ich nichts mehr nützen konnte — habe ich mehr Beweise Eurer Liebe und Treue empfunden, als auf der Höhe meines Lebens.

Vergeßt nicht Euren Dr. Ignatz Schlomer!

Genosse Schlomers sterbliche Ueberreste wurden im Berliner Krematorium in der Gerichtsstraße eingeäschert. Seine Asche wurde auf dem Friedhof Friedrichsfelde beigesetzt. Am Katafalk hielten die Gedächtnisreden der Genosse Rudolf Wissell und der Landtagsabgeordnete Dr. Siegfried Rosenfeld, der Schwager des Verstorbenen. Genosse Schlomer hat unsäglich leiden müssen. Er, der so viel Gutes auf der Welt getan. Die Lübecker Genossen, die ihn gekannt, werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Freiwillige Spenden für Erwerbslose.

Der Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilmachung schreibt uns: Die Streifzüge von Erwerbslosen auf das Land zur Erlangung von Lebensmitteln haben sich mehr und mehr zu einem schweren Unwesen herausgebildet, dem nachdrücklich zu begegnen ist. Die Landleute selbst, die diesem Unwesen zum Opfer gefallen sind, haben angeregt, die Hilfsaktionen der Landwirtschaft in geregelte Bahnen zu lenken und dadurch den Landleuten zu ermöglichen, einzelne und truppweise vorsprechende Erwerbslose an die zu bildende Hilfsstelle zu verweisen. Zur Regelung dieser Angelegenheit sind in den letzten Tagen die lübeckischen Landgemeinden von Vertretern der Landwirtschaftskammer und vom Demobilmachungskommissar aufgesucht worden. Bei den hierbei stattgehabten Erörterungen haben sich die lübeckischen Landwirte freiwillig und zumeist freudig bereit erklärt, zur Linderung der Not der städtischen Erwerbslosen beizutragen, in der Erwartung freilich, dann von den Bittgesuchen einzelner Erwerbsloser sowohl wie namentlich von der Heimsuchung durch Trupps verschont zu bleiben. So werden spenden: (Z. = Zentner, R = Roggen, H = Hafer, W = Weizen, K = Kartoffel, Rü = Rüben und B = Buchweizen) Krummesse 10 Z R, Hof Krummesse 20 Z R, 10 Z H, Beidendorf 15 Z R, Wulfsdorf 25 Z R, Vorrade 15 Z R, Kronsforde 20 Z R, Hof Riemark 15 Z R, 10 Z H, Oberbüssau und Niederbüssau je 21 Z R, Elfeld-Niederbüssau außerdem 10 Z K., Hof Moisling 20 Z R, 10 Z H, Hof Niendorf (Rose) 20 Z R, 10 Z H, Nienhüsen 12 Z R, 3 Z H, 15 Z K, Genin 22 Z R, Harmsdorf 20 Z R, Giesendorf 20 Z R, Albsfelde (Rieckmann) 12 Z R, 3 Z H, Behlendorf (Domäne) 27 Z R, 10 Z H, Gemeinde Behlendorf 21 Z R, Hollenbeck 12 Z R, Sierksrade 24 Z R, Düchelsdorf 24 Z R, Brodten 28,2 Z R, 7 Z K, Gneversdorf 21,25 Z R, 10 Z H, Teutendorf 36,2 Z R, 11 Z H, Rönnau 15 Z R, 3 Z H, Ivendorf 16 Z R, 6 Z H, Pöppendorf 17 Z R, 1 Z B, 9 Z K, Kücknitz und Dummersdorf 27,5 Z R, 5 Z K, Israelsdorf 16 Z R, 20 Z K, 5 Z Rü, Hof Krumbeck 13 Z R, 3 Z H, Dorf Krumbeck 28 Z R, 5 Z W, Dissau 62 Z R, Kurau 42 Z R, 12 Z K, 18 Z Rü, Malkendorf 26 Z R, Russe 40, Poggensee 30, Groß-Schretstaken 40, Tramm 30 Z R, Padelügge (Evers) 12 Z R, 10 Z K, Roggenhorst (Möller) 9 Z R, 6 Z H, Steinrade (Möller) 3 Z R, 2 Z H, Buntekuh (Bongert) 11 Z R, 5 Z H. Insgesamt sind danach bislang rund **800 Zentner Roggen, 5 Zentner Weizen, 76 Zentner Hafer, 23 Zentner Rüben** und, einschließlich einer Sonderspende von Hörcher-Klempau in Höhe von 100 Zentnern, **200 Zentner Kartoffeln** gespendet. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den übrigen lübeckischen Gemeinden liegt noch nicht vor, dürfte aber hinter den Spenden der genannten Gemeinden nicht zurückbleiben. Die an den Spenden beteiligten Landleute erhalten Bescheinigungen über ihre Leistungen und werden unter Berufung auf diese Bescheinigungen hinfort Spenden an einzelne Bittsteller oder an Trupps von Erwerbslosen grundsätzlich nicht mehr abgeben. Die Gewerkschaften haben zugesagt, den auch von ihnen verurteilten Streifzügen mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Dort, wo sie gleich wohl vorkommen und zu Drohungen oder Nötigungen führen, wird mit größter Beschleunigung polizeilicher Schutz zur Stelle sein. Die einzelnen Spenden wird ein aus einem Vertreter der Landwirtschaftskammer, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Demobilmachungskommissar als Vorsitzenden bestehender Ausschuß ihrer Zweckbestimmung zuführen. Mit der Verteilung wird voraussichtlich bereits Mitte Oktober begonnen werden. Während der Roggen in Form von Broten zur Ausgabe gelangen soll, dürften die Haferflocken in erster Linie den kinderreichen Erwerbslosen zugeführt werden. — Angeregt ist auch, die außerlübeckischen, aber Lübeck benachbarten ländlichen Gemeinden zu der Spende heranzuziehen. Einzelne Landleute aus Lübeck benachbartem Gebiete haben bereits freiwillig Spenden zugesagt. Weitere Verhandlungen schweben. In der Stadt haben bereits verschiedene Firmen den Wunsch geäußert, sich ebenfalls in geregelter Form an der Spende für die Erwerbslosen zu beteiligen, um dadurch die Gewähr zu haben für eine zweckentsprechende Verwendung. Der genannte Ausschuß, der für diesen Zweck durch ein von der Handleskammer zu entsendendes Mitglied ergänzt werden soll, ist gern bereit, auch aus der Stadt Spenden entgegenzunehmen. Vor allem sind Kolonial-, Textil- und Schuhwaren dringend erwünscht. — Nachricht über weitere Spenden erbitten: die Landwirtschaftskammer, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sowie die Zentralstelle der Spende in der Arbeitsbehörde, Untertrave 104 (Direktor Dr. Link).

Mann über Bord!

Als vor kurzem an dieser Stelle Herr Oskar Mantau, Chefredakteur des „Lübecker General-Anzeigers“, in einer Mosaik der größeren Oeffentlichkeit als wohlbestalltes Aufsichtsratsmitglied einer Handelsgesellschaft vorgestellt wurde, nahm der Leser das als einen zwar interessanten, aber sonst bedeutungslosen Vorgang zur Kenntnis. In Erinnerung und zum Verständnis gebracht wird jene kurze Notiz durch eine Erklärung des „General-Anzeigers“ in seiner Nummer vom 2. Oktober folgenden Wortlautes:

Zu unserem aufrichtigen Bedauern ist der hochgeschätzte und

Balzac und das Gras.*

In diesen für Balzac körperlich wie geistig gleich anstrengenden Tagen (da in der Porte-Saint-Martin sein Drama „Vautrin“ geprobt wurde) war es, daß er mich eines Tages auf dem Boulevard des Capucines anhielt und, abgehetzt wie er war, zu mir sagte:

„Ach, Liebster ich sterbe vor Hunger . . . E. ist um drei . . . Ich komme von der Probe . . . Kommen Sie nur . . . Ich habe ein hübsches Lokal entdeckt . . . Dort gibt es großartige Pasteten . . . Sie werden sehen . . . Kennen Sie Reiskuchen?“

„Das ist etwas ziemlich Fades.“

„Das wollte ich Ihnen eben sagen . . . Aber kennen Sie Ravioli?“

„Doch . . .“

„Sie kennen sie nicht . . . Kommen Sie!“

Und indem er mich mit dem einzigen Arm anpackte, den er frei hatte, — er hielt drei oder vier dicke Bände unter dem anderen Arm — brachte er mich im Sturmschritt des Heißhungers zu dem gerühmten Pasteienbäcker in der Rue Royale.

Wir traten ein.

„Ravioli!“ bestellte Balzac.

„Wieviel?“

„Alle! Wir essen alle . . .“

„Wenns beliebt,“ sagte das süße englische Fräulein, welches das Kuchenblech aus dem blankpolierten Ofen zog.

Wie Balzac seine Bücher auf den Tisch warf, nahm ich an, er würde sich alsbald mit der Gefräßigkeit eines Maori auf die Pastetchen stürzen. Statt dessen fragte er mit einem Blick auf die dicken Bände:

„Wissen Sie, was ich da habe?“

„Nein, lieber Balzac.“

Wie ich den Namen Balzac aussprach, blieb das englische Fräulein, das uns bediente, plötzlich stehen. Sie vergaß all die anderen Gäste. Sie erglühte in diesem Augenblick, wie eine reizende Rose im Schimmer der aufgehenden Sonne erglüht. Sie war wie von einem Zauberstrahl getroffen.

Balzac redete weiter:

„Es ist das neueste Werk von Cooper: „Der Ontariosee“. Herrlich! Unvergleichlich! Und fabelhaft spannend! Nach den letzten zwei, drei Werken war es natürlich zu erwarten. Sie müssen es lesen! Neben Walter Scott kenne ich keinen, der eine solche Reinheit der Farbengebung hätte. Fehlte nur noch, daß er ein ebenso großer Psycholog wie Naturforscher wäre, und wir könnten alle zusammen einpacken! Leider —“

„Leider vergaßen Sie zu essen, verehrter Meister!“

„Richtig!“

Und in drei oder vier Bissen, die eines Gargantua würdig gewesen wären, verschlang er erst zwei und dann noch einmal zwei Ravioli und lobte dabei lachend mit vollem Munde den Cooper und lief aufgeregt in der Boutique umher. Dies geschah offenbar zum größten Entsetzen des englischen Fräuleins, welches baß erstaunt war, einen Menschen, den sie sich als einen von Blumen und Düften, Wolken und Winden sich nährenden Halbgott geträumt hatte, nun so unmäßig essen zu sehen. Immerhin schien es ihrer hingebenden Bewunderung nur wenig Abbruch zu tun.

„Wenn Ihnen dieser Räuberroman so gut gefällt,“ versetzte ich und bot ihm, da er keinen Wein trank, ein Glas Wasser an, „warum schreiben Sie dann nicht selbst so etwas, das an einem See spielt?“

„Und woher, zum Teufel, sollte ich denn diesen See nehmen? Hier gibt es nur Waschbecken und allenfalls Badewannen.“

„Sie kennen doch eine Menge weitgereiste Leute. Lassen Sie sich von denen erzählen, wenn sie Ihnen in Les Jardies ihre Besuche abstatten. Ich weiß: die meisten sind nur Schwämme. Aber schließlich, wenn man sie ordentlich ausdrückt, kommt doch etwas dabei heraus.“

„Ach Liebster,“ entgegnete Balzac und führte das Glas Wasser zum Munde, „ach, wüßtet Ihr, wie viel man wenig weiß! Wollen Sie einen Beweis dieser schrecklichen Wahrheit? Hören Sie folgendes!“ — Und, nachdem er zwei weitere Ravioli verschlungen, erzählte er:

„Als ich mich mit den Vorarbeiten zur „Lilie im Tal“ beschäftigte, kam mir die Idee, meinem Buche ein paar unsterbliche Seiten Landschaftsschilderung mitzugeben. Von diesem Gedanken beseelt stürzte ich mich wie ein Heide in den Pantheismus der Natur. Ich wurde Baum, Bach, Brunnen, Stern Wolke und Wind. Dann wollte ich mich einer wissenschaftlichen Gründlichkeit befleißigen und Namen und Bedeutung von einer Unmenge von Pflanzen erfahren, um mit solcherlei Kenntnissen meine Beschreibung zu würzen. Zunächst war ich darauf bedacht, die Namen all der kleinen Gräser kennen zu lernen, die man für gewöhnlich zertritt . . . am Wegrand . . . auf den Wiesen . . . überall. Ich wandte mich also an meinen Gärtner. „Ach,“ meinte der, „nichts leichter als das!“ — „Na, dann fang mal an!“ — „Nu also, das hier ist Bitterklee, das hier Schneckenklee, das hier Esparsettenklee, das hier —“ Ich wehre ab: „Nein, nein, ich frage dich, wie man diese Tausende von winzigen Gräsern nennt, die wir zertreten . . . Wie ich sie hier abreiße, schau!“ — „Nu, das ist Gras.“ — „Aber die Namen dieser Myriaden von Gräsern, von langen und kurzen, geraden und gebogenen, sanften und rauhen, feuchten und trockenen, dunkel- und lichtgrünen!?“ — „Nu, ich sag's ja, das ist Gras.“ Nie und nimmer konnte ich eine andere Antwort, eine andere Definition erhalten, als: „Das ist Gras.“ Am anderen Tage kam zufällig ein Freund zu Besuch, einer jener weitgereisten Leute, die Sie meinen. Ich fragte ihn, wie ich tags zuvor den Gärtner gefragt hatte: „Sie als Botaniker und weitgereister Mann müßten doch eigentlich die Namen dieser kleinen Gräser hier kennen . . .“ Ich riß eine Handvoll Gras aus und gab es ihm. „Ja . . . Es ist . . . Sehen Sie,“ sagte er nach eingehender Betrachtung, „mein Spezialgebiet ist eigentlich die Flora der Malabarküste . . . Dort beherrsche ich alles . . . Sehen Sie, wenn wir in Indien wären, sagte ich Ihnen ohne weiteres die Namen dieser tausend und aber tausend kleinen Pflanzen . . . Hier indessen . . .“ — „Hier sind Sie genau so dumm wie ich.“ — Aus Wut rannte ich am nächsten Tage in den Jardin des Plantes. Ich wandte mich an einen der gelehrtesten Gelehrten des Instituts. „Ach, Herr Balzac,“ meinte der berühmte Forscher, „was verlangen Sie von mir?! Wir beschäftigen uns sehr mit der Familie der Larix oder mit der nicht weniger interessanten der Tamarix, aber unsere Zeit ist uns zu wertvoll, als daß wir uns mit diesen kleinen, nichtssagenden Gräsern abgäben. Das ist eine Angelegenheit für Gemüsehändler. Aber, Scherz beiseite,“ fügte er hinzu, „wo lassen Sie denn Ihren Roman spielen?“ — „In der Touraine.“ — „Nun, so wird Ihnen der erste beste Bauer dort sagen können, was Sie hier kein noch so gelehrter Professor lehren könnte.“ Und ich reiste in die Touraine, wo ich Bauern fand, die so dumm waren, wie mein Weltreisender, so dumm wie mein Gärtner, aber doch nicht ganz so dumm wie die Professoren im Jardin des Plantes. Und es wurde mir unmöglich, in der „Lilie im Tal“ eine Wiesenlandschaft zu beschreiben, wie ich sie so gern Halm für Halm in der klaren, geduldigen Manier niederländischer Meister gegeben hätte. Jetzt meinen Sie, sollte ich mich auf die Vielgereisten verlassen, um mir die Details einer Seelandschaft zu verschaffen?! Wir wollen bescheiden sein und den Abbé Veriot nicht mehr tadeln, weil er gesagt hat: „Meine Ansicht ist fertig.“ Er hat sich seine Ansicht viel besser ausgedacht, als andere sie ihm erzählt hatten. Nur kann man natürlich nicht alles erfinden wollen. — Was bin ich schuldig?“ wandte sich hierauf Balzac an das englische Fräulein.

„Nichts, Herr Balzac,“ sagte sie in einem Ton von edlem Stolz und hübscher Bestimmtheit, daß keine Widerrede möglich war. —

Balzac sah mich unschlüssig an. Jedoch, noch im selben Augenblick fand er eine galante Erwiderung auf dieses galante Verfahren. Er überreichte ihr den Cooperschen Roman mit den Worten:

„Daß ich nicht der Autor dieses Werkes bin, habe ich nie so sehr bedauert, wie eben jetzt, mein Fräulein.“

---

* Aus dem Anekdotenbüchlein „Der intime Balzac“, das von Ossig Kalender aus dem Französischen des Leon Gozian übertragen und bei Paul Stegemann in Hannover erschienen ist.

hochverdiente vieljährige Hauptschriftleiter des „Lübecker General-Anzeigers“, Herr Chefredakteur Oscar Mantau, am 30. September auf seinen eigenen Wunsch aus dem Redaktionsverbande ausgeschieden. Der Verlag ist sich bewußt, wieviel er der langjährigen Tätigkeit des Herrn Mantau zu verdanken hat. Er empfindet es als eine Ehrenpflicht, diesen Dank auch hier öffentlich zum Ausdruck zu bringen, in voller Anerkennung der Arbeit eines Menschenalters, die Herr Mantau dem „Lüb. General-Anzeiger“ gewidmet hat.

Das ist der Schlußsatz einer Mitteilung, durch die der Verlag des „General-Anzeigers“ seinen Lesern Kenntnis gibt von dem Wechsel in der Redaktion des Blattes, an dessen Spitze der bisherige Chefredakteur der „L. N. N.“ tritt. Damit ist das bestätigt, was man vermutete: Herr Mantau legte sich rechtzeitig den Rettungsgürtel eines Aufsichtsratspostens um, falls „Mann über Bord“ gehen sollte.

Im lokalen Teile derselben Nummer sieht sich auch die Redaktion veranlaßt, dem Scheidenden ein paar Worte zu widmen:

„Als Mitglied der Bürgerschaft übte er in wichtigen Fragen wiederholt einen bestimmenden Einfluß aus (!!!) . . . . Als Tobias Stillvergnügt war er bekannt in Stadt und Land . . . . Möge es ihm vergönnt sein, usw. . . .

(Von den Toten soll man nur Gutes reden.)

Mit Oskar Mantau scheidet ein Mann von der öffentlichen Bildfläche, dem es nicht gelang, auf irgend einem Gebiete seiner vielseitigen Tätigkeit — soweit sie öffentlich sichtbar war — Erfolge zu erzielen, außer dem, daß unter seiner Leitung die Lokalredaktion das Blatt in weitesten Kreisen der Bevölkerung um jeglichen Kredit brachte. Ob solcher Erfolglosigkeit überkommt einem fast das Mitleid, wenn man Mantaus „Rührigkeit“ betrachtet: Ueber 30 Jahre lang war er Redakteur des „Unparteiischen“ — der Erfolg liegt zutage: nach eifrigem Streben wurde er in die Bürgerschaft gewählt — Erfolg: seine alsbaldige Hinauswahl; mit seinem „Talentpächter“ und anderen gründete er den Bürgerbund und suchte in ihm ein neues Sprungbrett — er fand es nicht; unbehilflich schrieb er zeitweilig sich selbst und andere ab. Also Erfolge über Erfolge für den hochgesinnten Verleger, der aus Konkurrenzbangen sich auch dazu verstand, in den selig entschlafenen „Lüb. Neuesten Nachrichten“ volksparteilich und verwaschen demokratisch schreiben zu lassen.

Das ist das ruhmlose Ende der Aera Mantau des „Lübecker General-Anzeigers“, und es bleibt abzuwarten, ob es dem neuen Chefredakteur gelingen wird, die Politik des Blattes in allen seinen Teilen derart zu führen und zu beeinflussen, daß es die in den letzten Jahren von ihm begangenen Wege einseitigster Rechtsorientierung verläßt. Erwarten könnte man dies nach der „Umschichtung“.

Torfausgabe für Erwerbslose. Erfreulicherweise ist die Arbeitsbehörde in der Lage, an Erwerbslose zum Selbstkostenpreis Torf abzugeben. Die Ausgabe von Gutscheinen erfolgt am Donnerstag, dem 4. ds. Mts., vormittags von 9—1 Uhr im Gewerkschaftshaus. Unverheiratete können Gutscheine über 2 Zentner, verheiratete Erwerbslose Gutscheine über 2 bis 5 Zentner Torf erhalten. Der Preis beträgt 5 Millionen Mark für den Zentner.

Neue Banknoten zu 20 und 50 Millionen Mark. In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten zu 20 Millionen Mark mit dem Datum vom 1. September 1923 ausgegeben werden. Sie sind 82 × 125 Millimeter groß und auf braunem oder weißem Wasserzeichenpapier gedruckt. Das in braun-grünem Irisdruck ausgeführte Druckbild ist von einem schmalen Zierrand eingefaßt. Die neuen Reichsbanknoten zu 50 Millionen Mark sind 84 × 125 Millimeter groß und auf grauem oder weißem Wasserzeichenpapier gedruckt. Das in grau-weinrotem Irisdruck ausgeführte Druckbild ist von einem schmalen Zierrand eingefaßt. Die Rückseiten der beiden neuen Banknoten sind unbedruckt.

Der Goldumrechnungssatz für die Landabgabe beträgt vom 3. bis 5. Oktober einschl. 36 000 000.

Der Mieterschutzverein hielt am 27. September im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab. Zuerst referierte der erste Vorsitzende über die neuen Mietsätze, durch die die gesetzliche Miete in Lübeck auf eine Höhe gebracht worden ist, die anderwärts auch nicht entfernt erreicht wird. So beträgt die hiesige gesetzliche Miete mehr als das Vierfache der in Leipzig angeordneten, was zweifellos darauf mitberuht, daß dort wirksame Garantien für die Verwendung der gezahlten Mieten geschaffen sind, die hier immer noch fehlen, obgleich sie bei jeder Mietsberatung vom Verein gefordert worden sind. Die Versammlung beauftragte einstimmig den Vorstand, dem Senate eine diesbezügliche Resolution einzureichen, die folgenden Wortlaut hat: „Die am 27. September im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung des Mieterschutzvereins nimmt mit Befremden von der enormen Erhöhung der Mieten durch den Senat Kenntnis. Trotz des großen sozialen Elends, bewirkt durch falsche Regierungsmaßnahmen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, werden der Mieterschaft weitere Entbehrungen durch schematische Erhöhung der bisherigen Sätze zugemutet. Durch das Fehlen sicherer Garantien für zweckdienliche Verwendung der gezahlten Mieten werden Milliarden des Volksvermögens dem spekulativen Hausbesitz zum Geschenk gemacht, nur weil dieser mit Nachdruck zu fordern versteht. Weil nach den bisherigen Erfahrungen zu erwarten ist, daß die Vermieter die für die Instandsetzung gezahlten Gelder für diesen Zweck wieder nicht verwenden werden, fordern die Mieter Lübecks im Interesse der Behebung der Arbeitslosigkeit, daß der Senat die von ihnen immer wieder, zuletzt vor einem Vierteljahr vorgeschlagenen Verbesserungen der Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz, besonders die obligatorische Einführung der Hauskonten und des Ausgleichsfonds, unverzüglich einführe.“ Sodann beriet die Versammlung noch über die Ausführungsverordnung zum Mieterschutzgesetz. Es wurde empfohlen, von der Ermächtigung, die gesetzliche Miete in Monatsabschnitten zu zahlen, Gebrauch zu machen, da dadurch eine Aenderung der bisherigen Kündigungsfrist durchaus nicht herbeigeführt wird.

Ueberschuß des Kirchenkonzertes in der St. Petrikirche. Das Kirchenkonzert am Sonntag brachte für den beabsichtigten wohltätigen Zweck einen vortrefflichen Erfolg. An die Deutsche Notgemeinschaft Lübeck konnte als Reinertrag rund 1,3 Milliarden Mark abgeliefert werden. — Nach dem Willen der Veranstalter soll dieser Betrag ausschließlich zugunsten der Rentnerspeisung und zur Bekämpfung der Not in den Stiften verwendet werden.

Aus dem Polizeibericht. Wegen Einbruchsdiebstahls zum Nachteile einer Filiale der hiesigen Margarinezentrale wurde ein Schiffbauhelfer von hier ermittelt und festgenommen. — Von der Kriminalpolizei wurde ein Arbeiter aus Lübeck festgenommen, der hier ein geschlachtetes Kalb zum Kauf anbot, welches er einem Viehhändler in Tonndorf bei Lehe von der Weide gestohlen hatte. — Einem hiesigen Fabrikanten wurden vor einigen Tagen aus seiner Wohnung folgende Sachen gestohlen: 1 Paar Damenlackschuhe, 1 Paar braune Damenhalbschuhe, zwei Prinzeßunterröcke, ein schwarzer Herren-Seal-Kragen, eine grüne Hausjacke und ein Paar hellgraue seidene Damenstrümpfe. — In der Nacht zum 1. ds. Mts. sind von einer Koppel in Krummesse zwei einem dort wohnhaften Landmanne gehörende Schafe abgeschlachtet und gestohlen worden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Beitragskassierer SPD.! Die Ortsgruppenkassierer werden ersucht, die Abrechnung für das 3. Quartal umgehend einzusenden. Ebenfalls müssen die Beitragskassierer für die Stadt und Vorstädte die Abrechnung für die verkauften Marken vornehmen. **Die alten Markenbestände müssen abgeliefert werden.**

H. Wolfradt.

Stadttheater. Heute, Mittwoch: „Der Marquis v. Keith“. Donnerstag findet die vorletzte Vorstellung von „Rheingold“ statt, für die Herr Cuttmann vom Stadttheater Hamburg als Alberich und Herr Simons vom Stadttheater Kiel als Falolt verpflichtet sind.

Hansa-Theater. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, zum letztenmal „Der Gauklerkönig“. Donnerstag, 7½ Uhr: zum erstenmal „Der Fürst von Pappenheim, Operette in 3 Akten von Hugo Hirsch, Komponist der „Scheidungsreise“ und „Talle Lola“.

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Im Stadtparlament wurden Maßnahmen zur Linderung der Not der Bedürftigen und Erwerbslosen beraten. Es wurde die baldige Einrichtung einer Volksküche seitens der Stadt einstimmig beschlossen und 100 Milliarden als erste Rate hierfür zur Verfügung gestellt. Des weiteren hofft man aber auch, daß sich jeder einzelne Gemeindebürger seiner sozialen Pflicht bewußt ist und bereit ist, durch Hergabe von selbstgewonnenen Kartoffeln, Gemüse oder Speck oder aber auch durch finanzielle Hilfe das gemeinnützige Unternehmen zu unterstützen. — Sodann beriet man über Notstandsarbeiten, um den Erwerbslosen Gelegenheit geben zu können, sich durch Arbeit ihren Lebensunterhalt redlich verdienen zu können. Allerdings sind die städtischen Kassen recht leer, doch die Notwendigkeit zwingt zu Opfern, auch hofft man, daß es das Reich und der Landesverband nicht an den zugesagten Zuschüssen fehlen lassen werden. Als Notstandsarbeiten seitens der Stadt sind zunächst vorgesehen: Die Fertigstellung der Verbindungsstraße zwischen Bahldiecksstraße, Ziegelei und Lübecker Landstraße, die Herstellung eines festen Bürgersteiges auf der Westseite der Friedrichstraße, der Ausbau der Straße von der Weberstraße zur Kaserne (wo das neue Finanzamtsgebäude errichtet werden soll), schließlich noch die Durchlegung der Holstenstraße auf dem Kamp; bemerkt sei hierbei auch noch, daß Hausbesitzern zur Ausführung notwendiger Gebäudereparaturen Zuschüsse aus der Kasse der produktiven Erwerbslosenfürsorge geleistet werden können, sobald Arbeitslose hierbei Beschäftigung finden. Der Landesverband hat als Arbeiten in der Nähe Eutins vorgesehen: Die weitere Melioration des Lindenbruchs, die Kalkgewinnung bei Bujendorf und Malente und ferner die Kalksandstein-Fabrikation. — Hinsichtlich der Gewerbesteuer stellten mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage der Stadt auch die prinzipiellen Gegner dieser Sonderbesteuerung ihre Bedenken zurück und erfolgte somit einstimmig die Annahme der Vorlage, nach welcher also für das Steuerjahr 1923/24 die Erhebung von Zuschlägen des 3fachen der staatlichen Gewerbesteuer, festgestellt nach der Reichsindexziffer, erfolgen wird.

Oldenburg. Parteien und Regierung. Ueber die am Sonnabend im Oldenburger Ministerium stattgefundenen Besprechungen der Regierung mit den Vertretern der politischen Parteien wird folgendes verbreitet: Die von den Zeitungen angekündigte Besprechung der Staatsregierung mit den Führern der Landtagsparteien hat am Sonnabend stattgefunden. Die Aussprache ergab Uebereinstimmung der Parteien mit den Maßnahmen der Staatsregierung auf dem Gebiete der öffentlichen Ordnung. Dabei wurde von den Parteien hervorgehoben, daß eine wesentliche Frage die ausreichende und billige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Feuerungsmaterial sei, daß der Stillegung von Betrieben mit Mitteln entgegengearbeitet werden müsse, und daß die Einleitung von Notstandsarbeiten dringend gefördert werden müsse. Von der Staatsregierung wurde dargelegt, wie die Kommunalverbände und Städte sich mit der Versorgung der Bevölkerung zu befassen haben, daß die Staatsregierung den Städten und Verbänden bei dieser ihrer unmittelbaren Aufgabe den weitgehendsten Kredit zur Verfügung gestellt habe, und daß die Staatsregierung ferner der Auffassung und Ueberzeugung sei, daß den Gemeinden die Möglichkeit höhere Umlagen als bisher zu heben, gegeben werden müsse, und daß den Städten und Ortschaften aus der Ortskasse Beihilfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen seien, die mit dem Landtage zu vereinbaren seien. Andere Fragen, z. B. die Regelung der Preise, Eingreifen der Landespreisprüfungsstelle und der örtlichen Preisprüfungsstelle, die Währungsfrage und anderes, wurden eingehend besprochen.

Oldenburg. Milliardenspende aus Amerika. Dank dem Entgegenkommen des Norddeutschen Lloyd war es dem Ministerpräsidenten Tanken im Winter 1922 möglich, eine Zehlendorfer Schwester nach Argentinien zu senden zur Durchführung von privaten Sammlungen bei deutschen und anderen bekannten Familien zur Linderung der Not und Förderung von Kulturinteressen im Oldenburger Lande. Mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes ist die Ausreise im Februar dieses Jahres erfolgt. Die Erfolge sind gut. Die gesammelten, wertbeständig angelegten Beträge werden von einer Kommission verwaltet und zur Verteilung gebracht. Vor einigen Tagen wurden bei einem Dollarstand von 150 Millionen Mark 165 Milliarden an gemeinnützige Anstalten ausgeschüttet.

An unsere Leser! Der Papierpreis hat für die erste Oktoberhälfte eine 13fache Verteuerung erfahren. Ein Waggon Papier kostete im September 8¾ Milliarden Mark, heute ist der Preis auf 110 Milliarden gestiegen. Wie der Papierpreis, so haben sich auch alle anderen Auslagen so eminent vermehrt, daß die neuen Bezugspreise nicht zu umgehen waren, soll der Fortbestand des Lübecker Volksboten gesichert bleiben.

Der Verlag des Lübecker Volksboten.

Amtlicher Teil

Bürgermeister D. Dr. **Neumann** hat den Vorsitz im Senate wieder übernommen. 7174

Bekanntmachung.

Der Senat hat die Lehrerin Fenny **Güttner** auf ihr Ansuchen zum 31. Oktober 1923 in den Ruhestand versetzt. 7148

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 5. Oktober 1923:

a) **Einzelfahrscheine:**

bis zu 2 Zonen . . .	M 7	Millionen
für 3 und 4 Zonen . .	„ 11	„
für 5 und mehr Zonen „	14	„

b) **Monatskarten:**

bis zu 2 Zonen	2mal. Fahrt	M 300	Millionen
	4mal. Fahrt	„ 560	„
für 3 u. 4 Zonen	2mal. Fahrt	„ 470	„
	4mal. Fahrt	„ 880	„
für 5 u. mehr Zon.	2mal. Fahrt	„ 580	„
	4mal. Fahrt	„ 1120	„

c) **Jugendfahrscheine:** je M 3,5 Millionen.

d) **Gepäckstücke und Hunde:** M 7 Millionen.

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 25 sind bis einschl. 6. Okt. 23 gültig und gar der Umtausch

a) der Jugendfahrscheine an unserer Hauptkasse, Wengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Roeckstraße Nr. 49a oder durch Brief,

b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse Wengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 26 zu erfolgen.

Lübeck, den 3. Oktober 1923. (7166

Städtische Betriebe.

Gemäß § 14 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 und der Ausführungsverordnung des Senates vom 9. August 1922 werden für das Staatsgebiet Lübeck nachfolgende Vereine bezw. Vereinigungen verboten und aufgelöst:

1. Schlageter-Bund,
2. Kreuzen-Bund,
3. proletarische Hundertschaften. (7167

Reichswehrminister teilt amtlich mit:

Heute morgen versuchten nationalsozialistische Trupps sich in den Besitz von Küstrin-Altstadt zu setzen. Der Hauptführer der Nationalsozialisten ist verhaftet. Aufruhr wird unter Führung der 1. Kav.-Division niedergeschlagen.

Wehrkreis-Kommando II
Ic Nr. 34/23 A. Z.

Zusatz zu den Verordnungen des Wehrkreiskommandos II Ic 29/23 A. Z.

Reichswehrminister drahtet unter Nr. 80/10 P 13: In meiner Verordnung vom 1. 10. — T 1 3 — fallen unter Presse auch die Nachrichten-Büros, Korrespondenzen und ähnliche der Verbreitung von Nachrichten dienende Einrichtungen.

Als amtlich gelten die vom Militärbefehlshaber durch W. T. B. verbreiteten Nachrichten.

Reichswehrminister.

Lübeck, den 2. Oktober 1923. (7151

Das Polizeiamt.
I. A.: Eschenbach, Polizeimajor.

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise.

Laut Beschluß des Verwaltungsrates vom 27. Sept. werden Preise für Gas, Strom und Wasser von jetzt ab zweimal in jeder Woche festgesetzt.

Demgemäß betragen die vom 4. Oktober bis zum 6. Oktober d. J. für den rückliegenden Verbrauch zur Verrechnung kommenden Preise:

I. 1 cbm Gas . . . . . Mk. 17 000 000
II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom . . „ 36 000 000
1 „ Kraftstrom . . „ 24 000 000
III. 1 cbm Wasser
A. in Lübeck:
1. für Haushaltungszwecke Mk. 10 000 000
2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbrauch Mk. 20 000 000
B. in Travemünde . . . . . „ 10 000 000
IV. Für Wasser nach heizbaren Räumen monatlich:
1. Häuser mit Leitungen . Mk. 15 000 000
2. Häuser ohne Leitungen . . . „ 5 000 000

Die Zahlfrist beträgt 3 Tage.

Bei Ueberschreitung der Zahlungsfrist von 3 Tagen ist ein Zuschlag zur Rechnung von 3000 Mk. für jede angefangenen 100 000 Mk. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 34 000 000 Mk. zu entrichten.

Gutscheine zu den vorstehenden Preisen und giltig bis 1. Dezember d. J. sind am Donnerstag und Freitag dieser Woche vormittags in allen Verkaufsstellen zu haben.

7159) **Die Städtischen Betriebe.**

Auf Grund der §§ 21 und 17 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 und der Ausführungsverordnung des Senates vom 9. August 1922 wird für das Staatsgebiet Lübeck das Erscheinen und die Verbreitung der Tageszeitungen „Klassenkampf“ und „Völkischer Beobachter“ für die Zeit vom 3. bis 30. Oktober 1923 verboten. (7168

Lübeck, 3. Oktbr. 1923. **Das Polizeiamt.**

Die Finanzkasse ist in dieser Woche ausnahmsweise auch Donnerstag und Freitag, nachmittags von 3—6 Uhr, zur Entgegennahme von Zahlungen geöffnet. 7173

Lübeck, d. 3. Oktober 1923.

Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Der Geldwert des tarifmäßigen Deputats der land- und forstwirtschaftlichen Deputatempfänger für den Steuerabzug vom Arbeitslohn wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 ab für die Bezirke der Finanzämter Lübeck und Eutin wie folgt festgesetzt:

a) 30 Zentner Getreide zum Großhandelspreis	=	7 758 000 000 M.
b) Milch: 1095 Ltr. je 1 440 000	=	1 576 800 000 M.
c) 1 Ferkel	=	280 000 000 M.
d) Feuerung	=	301 000 000 M.
e) Kartoffelland	=	220 000 000 M.
f) Wohnung	=	360 000 M.
zusammen jährlich:		10 136 160 000 M.
abgerundet		10 136 000 000 M.

bei 2800 Pflichtarbeitsstunden,
mithin stündlich = 3 620 000 M.

Lübeck, den 2. Oktober 1923. (7157

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck.
Abteilung Ia. für Besitz- u. Verkehrssteuern

Bekanntmachung,

betr. Inkraftsetzung der zehnten abgeänderten Ausgabe der Deutschen Arzneitaxe 1923, sowie Änderungen der Allgemeinen Bestimmungen.

Auf Grund des § 80 der G.O. und des § 2 der M.O. wird folgendes verordnet:

1) Die Deutsche Arzneitaxe 1923, 10. abgeänderte Ausgabe, tritt mit Wirkung vom 2. Oktober 1923 ab in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkte tritt die 9. Ausgabe samt ihren 3 Nachträgen außer Kraft.

Dabei ist der Wortlaut von Ziffer 1B der Allgemeinen Bestimmungen zu ändern, wie folgt:

B. durch Vervielfältigung der Grundzahlen mit den amtlich bekanntgegebenen Schlüsselzahlen, und zwar

a) durch Vervielfältigung der Summe der Grundzahlen aus A I und III mit der Schlüsselzahl für Arzneimittel und Gefäße; und

b) soweit Arbeitspreise zu berechnen sind, durch Vervielfältigung der Grundzahlen aus A II mit der Schlüsselzahl für die Arbeitsvergütungen.

Im Falle a) ist das Produkt, im Falle b) die Summe der Produkte der Preis der Arznei, ausgedrückt in Mark.

Ziffer 2, letzter Absatz erhält folgende Fassung: Unter Vergütung ist das Produkt aus Grundzahl und der Schlüsselzahl für die Arbeitsvergütungen zu verstehen.

In Ziffer 7, Absatz 2 werden die Worte „aus Grundzahl und Schlüsselzahl“ ersetzt durch die Worte „aus Grundzahl und der Schlüsselzahl für die Arbeitsvergütungen“.

In Ziffer 19, vorletzter Absatz, werden die Worte „mit der Schlüsselzahl“ ersetzt durch die Worte „mit den zugehörigen Schlüsselzahlen“.

Die Schlüsselzahlen im Sinne der Ziffer 1 B der Allgemeinen Bestimmungen werden jeweils von dem Reichsministerium des Innern im Reichsanzeiger bekannt gegeben.

2) Ziffer 31 der Allgemeinen Bestimmungen wird gestrichen. Die Ziffer 32 trägt künftig die Bezeichnung 31. (7164

Lübeck, 3. Okt. 1923. **Der Gesundheitsrat.**

Nichtamtlicher Teil

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zu unserer Verlobung danken herzlich 7172

E. Schweimer.
Otto Kleindienst.

Tausche meine gr. 2-Zimmer-Wohn. gegen 2- od. 3-Zimmer-Wohnung. Ang. u. **G 329** an die Exp. (7155

Wünsche meine kleine 3-Zim.-Wohng. mit einer 4-Zim.-Wohng. z. tausch. Ang. u. **G 331** a. d. E. (7170

Eintür. Waschtisch zu verkaufen. (7147
Weberstraße 2, I.

Gut erh. Anzug, versch. Möbel, Autopelz z. verk. 7165) Gewerbestr. 26, I.